



Alexandre Froidevaux (Hrsg.)

80 JAHRE DANACH

DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG 1936-1939

DIE SPANISCHE GESELLSCHAFT
UND DEUTSCHE INTERVENTIONEN

INHALT

Vorwort	3
Alexandre Froidevaux Klassenkampf in Spanien und ein internationaler Konflikt	4
Eine kurze Chronik des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939)	
Alexandre Froidevaux Die libertäre Revolution (1936–1939)	13
Drei Millionen Menschen für die Anarchie	
Dieter Nelles Internationale Solidarität	18
Deutsche AntifaschistInnen in Spanien	
Werner Abel Antikommunismus und Antifaschismus im Kalten Krieg	22
Die unterschiedliche Rezeption des Spanischen Bürgerkrieges in der Bundesrepublik und der DDR	
Alexandre Froidevaux Wenn Vergangenheit nicht vergeht	28
Eine linke Erinnerungsbewegung bricht das Schweigen	
Literaturempfehlungen	32
Die Autoren	33

VORWORT

Im Juli 2016 jährt sich der Beginn des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) zum 80. Mal. Lange vorbei und nur noch Geschichte, könnte man meinen. Doch es lohnt sich, den Blick zurückzuwerfen.

In der spanischen Gesellschaft wirkt der Konflikt bis heute ähnlich nach wie der Zweite Weltkrieg in der deutschen. Der Bürgerkrieg spaltete das Land in SiegerInnen und Besiegte und hatte die Jahrzehnte andauernde Franco-Diktatur zur Folge. Wer Spanien verstehen will, wird an einer Beschäftigung mit diesem Teil der spanischen Geschichte nicht vorbeikommen.

Wem in Deutschland ist schon bewusst, dass die FranquistInnen in einer Art «Politizid» bis zu 200.000 ihrer GegnerInnen ermordeten? Dieses mangelnde Bewusstsein speist sich aus dem Umstand, dass in Spanien selbst den Opfern der Diktatur bis heute nur ungenügend Aufmerksamkeit zuteil geworden ist.

Wer sich mit den Platzbesetzungen des Jahres 2011, den Mobilisierungen für «Echte Demokratie jetzt!» und mit der aus ihnen hervorgegangenen Partei Podemos auseinandersetzt, wird allerdings schnell über dieses Thema stolpern. Der Grund dafür ist, dass eine linke Erinnerungsbewegung seit der Jahrtausendwende die Opfer der Diktatur immer wieder in der öffentlichen Diskussion zur Sprache bringt (siehe «Wenn Vergangenheit nicht vergeht»). Die vorliegende Publikation richtet sich an ein breites Publikum und an alle an diesem Thema Interessierten. Sie setzt ein mit einem chronologischen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse des Bürgerkrieges (siehe «Klassenkampf in Spanien und ein internationaler Konflikt»). Darin wird deutlich, dass in den Jahren 1936 bis 1939 der Antifaschismus mit dem Faschismus, regionale Nationalismen mit dem spanischen Nationalismus und demokratische mit autoritären Po-

litikkonzepten rangen. Diese politischen Gegensätze sind auch heute noch aktuell.

Im republikanischen Spanien vollzog sich ab dem Juli 1936 eine weitreichende libertäre Revolution. Weil sie starke Gegner und kaum Bündnispartner hatte und die RevolutionärInnen am Ende eine bittere Niederlage erlitten, geriet diese Revolution danach fast vollständig in Vergessenheit. Zu Unrecht, denn mit ihrem anti-autoritären Geist und aufgrund ihres Ausmaßes gehört sie zweifelsohne in eine Reihe mit den großen Revolutionen der Weltgeschichte.

Linke, die nach Alternativen jenseits autoritärer Politikentwürfe orthodox-kommunistischer Prägung und sozialdemokratischer Bejahung des Kapitalismus suchen, sollten sich mit den Stärken und Schwächen dieser Revolution beschäftigen. Zugleich ist die Rolle, welche die Kommunistische Partei Spaniens in den Jahren 1936 bis 1939 spielte, ein Lehrstück über den Stalinismus (siehe «Die libertäre Revolution»). Bekanntermaßen zog es damals viele Linke nach Spanien. Sie wollten für eine gerechte Sache und gegen den Faschismus kämpfen. Darunter waren auch zahlreiche Deutsche, die ein anderes als das nationalsozialistische Deutschland verkörperten (siehe «Internationale Solidarität»).

Der Umgang mit der Geschichte der Deutschen, die aufseiten beider Bürgerkriegslager kämpften, war in Zeiten des Kalten Krieges in den beiden deutschen Staaten ab 1949 sehr unterschiedlich. Während ehemaligen DDR-BürgerInnen häufig noch heute das stark positiv gefärbte Propagandabild der Internationalen Brigaden präsent ist, mussten linke SpanienkämpferInnen in der BRD lange Zeit um Anerkennung kämpfen (siehe «Antikommunismus und Antifaschismus im Kalten Krieg»).

Alexandre Froidevaux
Berlin, Dezember 2015

Alexandre Froidevaux

KLASSENKAMPF IN SPANIEN UND EIN INTERNATIONALER KONFLIKT

EINE KURZE CHRONIK DES SPANISCHEN BÜRGERKRIEGES (1936–1939)

Zum Bürgerkrieg führten innerspanische Konflikte wie der um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums oder der um die Stellung der Kirche. Durch die Intervention Italiens und Deutschlands erhielt der Krieg eine internationale Dimension. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges war er die erste militärische Auseinandersetzung zwischen dem Faschismus und seinen GegnerInnen.

Am 14. April 1931 riefen Hunderttausende in den spanischen Städten *«¡Viva la República!»* und schickten König Alfonso XIII. ins Exil. Mit der Zweiten Republik (1931–1939), der ersten Demokratie auf spanischem Boden, verbanden sie große Hoffnungen auf gesellschaftliche Verbesserungen.

Im Vergleich zu den nordeuropäischen Industriestaaten war Spanien ein rückständiges Land. Nur in Katalonien, in Asturien und im Baskenland hatte eine nennenswerte Industrialisierung stattgefunden. Sozial war das Land eine stark ausgeprägte Klassengesellschaft. Die Lebensbedingungen der Landbevölkerung und der ArbeiterInnen waren von großer Armut und Analphabetentum geprägt. Politisch waren das Proletariat und die bürgerlichen Mittelschichten während der Herrschaft von Alfonso XIII. (1902–1931) weitgehend ohne Einfluss geblieben.

Gleich mehrere gesellschaftliche Konflikte kennzeichneten die ersten Jahre der Republik. Sie brachten zwei politische Lager hervor, die sich ab dem Sommer 1936 im Bürgerkrieg bekämpfen sollten. Die erste Regierung aus den LinkrepublikanerInnen um Manuel Azaña und den SozialistInnen wagte sich an eine Agrarreform, um die feudalen Besitzverhältnisse auf dem Land zu verändern.

Dabei stieß sie jedoch auf den heftigen Widerstand der Landoligarchie und agierte zugleich viel zu zaghaft, um die Hoffnungen der verarmten Landarbeiterschaft zu erfüllen. Dies gab der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo, Nationaler Bund der Arbeit) und den revolutionären Strömungen innerhalb der sozialistischen Gewerkschaft UGT (Unión General de Trabajadores, Allgemeine Arbeiterunion) großen Auftrieb. Die Kommunistische Partei blieb dagegen bis zum Bürgerkrieg eine unbedeutende Kleinstpartei.

RepublikanerInnen und AnarchistInnen bekämpften energisch die katholische Kirche, die sie aufgrund ihrer bestimmenden gesellschaftlichen Stellung für die Rückständigkeit des Landes verantwortlich machten. NationalistInnen in Katalonien und im Baskenland strebten autonome Sonderrechte für ihre Regionen an. Zu guter Letzt wollte die linke Regierung den traditionell großen Einfluss des Militärs auf die Politik beenden.

All das mobilisierte die spanische Rechte, die den gesellschaftlichen Status quo aufrechter-

«Spanien hat aufgehört, katholisch zu sein.»

Manuel Azaña, Linkrepublikaner ¹

halten wollte. Rechtsparteien, die traditionalistisch und autoritär ausgerichtet waren, kamen 1934 an die Macht und stoppten alle Reformen. José Antonio Primo de Rivera gründete die faschistische Partei Falange Española (Spanische Phalanx), die aber anders als die deutsche NSDAP wenig Zulauf erhielt.

Im Februar 1936 gewann die linke Volksfront aus LinksrepublikanerInnen, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei sowie dem marxistischen, nichtstalinistischen POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista, Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung) die Parlamentswahlen. AnarchistInnen nahmen auf dem Land die Agrarreform in die eigenen Hände und besetzten Ländereien des Großgrundbesitzes. Die Entwicklung steuerte auf einen größeren Kampf der beiden Spanien zu.

Juli 1936 – November 1936

Am 17./18. Juli 1936 erhoben sich antidemokratische und antikommunistische Offiziere um den General Emilio Mola gegen die Regierung der Republik. GroßgrundbesitzerInnen, RechtsrepublikanerInnen, MonarchistInnen, FalangistInnen und die Kirche unterstützten den Putsch. Dieser konnte jedoch nur in Navarra und in den konservativen Gebieten Kastiliens auf eine größere soziale Basis zählen.

Auf der Gegenseite standen LinksrepublikanerInnen, baskische und katalanische NationalistInnen und die Arbeiterbewegung. Besonders die AnarchistInnen hatten sich auf Gegenwehr vorbereitet und reagierten mit einem Generalstreik. Immer wieder hatten sie und die LinkssozialistInnen die Bewaffnung des Volkes gefordert. Die linksrepublikanische Regierung hatte dies immer wieder abgelehnt, befürchtete sie doch, dass die Bewaffnung der ArbeiterInnen eine Revolution zur Folge haben könnte.

Die rechtsradikalen Offiziere hatten nicht mit dem massiven Widerstand gerechnet, der ihnen von den ArbeiterInnen entgegenschlug. Diese schlugen den Putsch gemeinsam mit regierungstreuen Einheiten in einigen Landesteilen nieder. Im großen Stil kollektivierten ArbeiterInnen sowie Bauern und Bäuerinnen

daraufhin Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe (siehe «Die libertäre Revolution»). Der Bürgerkrieg kann daher als eskalierter Klassenkampf gelesen werden.

Die rechtsradikalen Offiziere hatten nicht mit dem massiven Widerstand der ArbeiterInnen gerechnet.

Nach den ersten Kämpfen war das spanische Territorium zweigeteilt: Die Aufständischen konnten die nordafrikanischen Gebiete, die meisten Inseln, Galicien sowie große Teile Kastiliens und Aragoniens unter ihre Kontrolle bringen. Außerdem gelang es ihnen, Zentren der Arbeiterbewegung wie Sevilla, Zaragoza und Oviedo zu erobern.

Die republiktreuen Kräfte behielten dagegen im Norden und im Süden sowie in Katalonien, der Levante und Neukastilien die Oberhand. Die proletarischen Matrosen brachten die meisten Schiffe unter ihre Kontrolle. In Madrid und Barcelona siegten die ArbeiterInnen über die Truppen der VerschwörerInnen.

Die republikanische Armee hatte sich weitgehend aufgelöst. Spontan organisierten die Arbeiterorganisationen Milizverbände, die an die sich herausbildenden Fronten zogen. So brach die Kolonne des bekannten Anarchisten Buenaventura Durruti von Barcelona nach Aragonien auf, um Zaragoza zu erobern.

Da die Flotte den PutschistInnen nicht zur Verfügung stand, steckte ein großer Militärverband in Spanisch-Marokko fest. In dieser Situation schickten das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland Ende Juli 1936 Transportflugzeuge, welche die Truppen auf das südspanische Festland brachten. Ohne diese Luftbrücke hätte die Republik den Aufstand höchstwahrscheinlich bald niedergedrückt.

Der noch junge Bürgerkrieg wurde so auch zu einem internationalen Konflikt. Italien und Deutschland standen den spanischen Put-

Die militärische Intervention des nationalsozialistischen Deutschlands und des faschistischen Italiens war kriegsentscheidend.

schistInnen ideologisch nah. Außerdem verfolgten sie geostrategische, militärische und wirtschaftliche Ziele. Die Intervention der beiden faschistischen Staaten erwies sich in den kommenden Jahren als kriegsentscheidend. Die naheliegenden Bündnispartner der Republik wären die westlichen Demokratien gewesen, zumal in Paris unter Léon Blum ein linkes Volksfrontbündnis regierte. Doch London setzte ein Nichtinterventionskomitee durch, das ab September 1936 für die Neutralität des Auslands sorgen sollte. Die konservative britische Regierung fürchtete die revolutionäre Entwicklung im republikanischen Spanien. Außerdem betrieb sie zu dieser Zeit ihre Appeasement-Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die 1938 im Münchner Abkommen gipfeln sollte.

«Nichteinmischung» bedeutete jedoch, dass Großbritannien, Frankreich und die USA der Republik Militärhilfe versagten, während Italien und Deutschland bald große Truppenkontingente auf die Iberische Halbinsel verlegten. Zudem überließen die Westmächte die Republik dem Einfluss der Sowjetunion, dem einzigen Land (neben Mexiko), das die Republik unterstützte.²

Während der Vorstoß der Milizen vor den Toren Zaragozas schnell zum Stillstand kam, gelangen den nationalistischen Truppen Geländegewinne im Norden.³ Die Kolonialarmee eroberte in kurzer Zeit den gesamten Südwesten. Mitte August 1936 erschossen Fremdenlegionäre und marokkanische Söldner in der Stierkampfarena von Badajoz mehrere Tausend

Linke. Wo die nationalistischen Truppen vorrückten, «säuberten» sie das Hinterland systematisch von GewerkschafterInnen, RevolutionärInnen und Liberalen.

Auch im republikanischen Lager töteten Milizionäre oder Geheimpolizisten vermeintliche oder tatsächliche «FaschistInnen». Führende Persönlichkeiten sprachen sich allerdings öffentlich gegen Übergriffe aus. Nur auf nationalistischer Seite gab es jedoch eine Auslöschungskampagne, die von oben befohlen wurde.⁴ So erklärte der Putschgeneral Francisco Franco Ende Juli 1936 einem Reporter des *Chicago Daily Tribune* auf dessen Fragen hin unmissverständlich: «Dann ist kein Waffenstillstand, kein Kompromiss möglich?» – «Nein, absolut nicht. Wir kämpfen für Spanien. Sie kämpfen gegen Spanien. Wir werden weitermachen, was auch immer es kostet.» – «Sie werden halb Spanien erschießen müssen», sagte ich [der Reporter]. Er schüttelte seinen Kopf, lächelte und dann mit festem Blick zu mir: «Ich sagte doch, was immer es kostet.»⁵

«Der Terror muss ausgeweitet werden, ein Eindruck von Herrschaft muss erzeugt werden, indem wir ohne Skrupel alle eliminieren, die nicht so denken wie wir.»

Putschgeneral Emilio Mola⁶

Ende September rief das nationalistische Lager Francisco Franco zum Oberkommandierenden der aufständischen Streitkräfte aus, nachdem der eigentliche Putschführer, General Sanjurjo, bei einem Unfall gestorben war. Francos militärische Strategie zielte darauf ab, baldmöglichst die Hauptstadt einzunehmen. Im Herbst 1936 kam es zu erbitterten Kämpfen um Madrid. Anfang November zog die republikanische Regierung sicherheitshalber nach Valencia um.

Im selben Monat konnten die VerteidigerInnen den Angriff auf Madrid zurückschlagen, obwohl die nationalistischen Kolonnen bereits in die westlichen Stadtviertel eingedrungen waren. Zu Beginn des Krieges hatte die führende Kommunistin Dolores Ibárruri in einer Radiorede ausgerufen: «Die Faschisten werden nicht durchkommen!»⁷ Nun war ihr *¡No pasarán!* Wirklichkeit geworden.

November 1936 – Mai 1937

Die erfolgreiche Verteidigung Madrids war für die Republik überlebenswichtig und wurde weltweit zum Symbol für den Kampf gegen den Faschismus. Auch auf der linken Seite bekam der Konflikt eine internationale Dimension: Von Beginn an kämpften in den Milizen zahlreiche ausländische ProletarierInnen. Im November 1936 griffen zudem erstmals Verbände der Internationalen Brigaden in die Kämpfe ein (siehe «Internationale Solidarität»). Diese antifaschistische Einheit war jedoch brüchig. Revolution oder Volksfront, die richtige Kriegsstrategie und das Verhältnis zwischen Zentralstaat und den Regionen waren Fragen, die zu heftigen Auseinandersetzungen führten. Sie schwächten das republikanische Lager entscheidend.

Heftige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen linken Strömungen schwächten das republikanische Lager entscheidend.

Seit Anfang September 1936 hatte die Republik eine Volksfrontregierung unter dem linken Sozialisten Francisco Largo Caballero. In seiner Regierung hatten die sozialistische Gewerkschaft UGT und die anarchosyndikalistische CNT großen Einfluss. Der Regierung gehörten außerdem die Sozialistische und die Kommunistische Partei an sowie die LinksrepublikanerInnen und die konservativen baskischen NationalistInnen.

Largo Caballero versuchte sich an einem Mittelweg zwischen den verschiedenen Kräften der Volksfront. Die Errungenschaften der Revolution wollte er bewahren, dem Staat jedoch die führende Rolle übertragen. Er arbeitete mit der Kommunistischen Partei zusammen, wollte aber die Abhängigkeit von der Sowjetunion reduzieren.

Der Einfluss Moskaus wuchs beträchtlich, nachdem die Sowjetunion sich Ende September 1936 entschlossen hatte, der Republik Waffen zu liefern. Aufgrund der «Nichteinmischung» der Westmächte war das republikanische Spanien auf die sowjetische Militärhilfe angewiesen. Moskau schickte zudem in großer Zahl Agenten und Militärberater auf die Iberische Halbinsel.

Stalin wollte einen Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion verhindern und suchte daher die Annäherung an die Westmächte. Die Volksfrontbündnisse in Frankreich und Spanien dienten diesem Zweck. Die libertäre Revolution in Spanien bedrohte dagegen diese Strategie, denn sie verschreckte die britische und französische Bourgeoisie.

Nach der Niederlage in Madrid befahl Franco, die republikanischen Städte aus der Luft zu bombardieren. Im April 1937 zerstörte die deut-

sche Legion Condor das baskische Guernica, was international große Aufmerksamkeit erregte. Hermann Görings Luftwaffe probte auf der Iberischen Halbinsel den Luftkrieg,

mit dem sie im Zweiten Weltkrieg Deutschlands Nachbarländer überziehen sollte.

Im Frühjahr 1937 versuchten die FranquistInnen zweimal, Madrid im Osten von der republikanischen Zone abzuschneiden. Das misslang am Jarama-Fluss und in der Schlacht bei Guadalajara, bei der die italienische Armee eine verheerende Niederlage erlitt.

Daraufhin stellte sich Franco auf einen längeren Krieg ein. Die nationalistischen Truppen

Die deutsche und italienische Luftwaffe überzogen die republikanischen Städte mit den ersten Flächenbombardements in der europäischen Geschichte.

griffen nun verstärkt im Norden an. Im Süden gelang es ihnen Anfang Februar, Málaga einzunehmen. Das linke Lager stritt sich derweil um die richtige Kriegführung. Für die AnarchistInnen der CNT und der FAI (Federación Anarquista Ibérica, Iberischer Anarchistenbund) waren Krieg und Revolution ein und derselbe Kampf. Sie hielten daher lange Zeit an den revolutionären Milizen fest.

Die KommunistInnen waren dagegen überzeugt, dass zunächst der Krieg gewonnen werden müsse. Hierzu propagierten sie den Aufbau eines Volksheeres, soldatische Disziplin und eine gelenkte Kriegswirtschaft. Nach dem Verlust Málagas akzeptierte die CNT-FAI-Führung schließlich, die Milizen in die neue Volksarmee einzugliedern.

Die innerlinken Auseinandersetzungen verschärften sich gleichwohl. Die KommunistInnen wollten die Macht ihrer Rivalen CNT und POUM brechen. Zudem war ihnen Largo Caballero ein Dorn im Auge, weil er auf Abstand zu Moskau ging. Nach einigen Vorfällen eskalierte im Mai 1937 die Situation. In Barcelona lieferten sich kommunistische Verbände und katalanische NationalistInnen Kämpfe mit der CNT und dem POUM.

Dieser Bürgerkrieg im Bürgerkrieg konnte zwar gestoppt werden, doch von nun an befanden sich die antirevolutionären Kräfte der Volksfront im Aufwind. In der Folge drängten sie Largo Caballero aus der Regierung. Neuer Premierminister wurde der rechte Sozialist Juan Negrín.

Negríns Politik ging von drei Überlegungen aus: Erstens sei der Krieg nur mithilfe der Sowjetunion zu gewinnen. Deshalb arbeitete Negrín eng mit der KP zusammen. Zweitens müsse weiterhin versucht werden, die Westmächte

zu einer Unterstützung der Republik zu bewegen. Außerdem brauche es eine zentral gesteuerte Kriegführung und Kriegswirtschaft.

Mai 1937 - April 1938

Bei Negríns Regierungsantritt Mitte Mai 1937 befand sich die Republik an der Nordfront in der Defensive. Angesichts der nationalistischen Luftüberlegenheit beschloss die baskische Regierung den Rückzug. So verlor die Republik Bilbao und die wichtige Industrieregion Biskaya.

Die Versorgung der republikanischen Truppen mit kriegswichtigem Material gestaltete sich schwierig. Die sowjetischen Waffen trafen nur unregelmäßig ein. Deutsche und italienische Kriegsschiffe torpedierten republikanische Versorgungsschiffe.

Um den militärischen Druck auf die republikanischen Nordprovinzen Santander und Asturien zu verringern, befahl Indalecio Prieto, Rechtssozialist und neuer Kriegsminister, an anderen Frontabschnitten anzugreifen. Doch sowohl bei Brunete (Madrid) im Juli 1937 wie in Belchite (Zaragoza) im August/September zeigte sich, dass die republikanische Armee ihrem Gegner unterlegen war.

Mittlerweile hatte Francisco Franco seine politische Macht festigen können. Franco hatte im nationalistischen Lager keine nennenswerten Rivalen mehr, nachdem Falange-Führer José Antonio Primo de Rivera im November 1936 in republikanischer Gefangenschaft erschossen worden und General Mola im Juni 1937 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war. Im April 1937 vereinigte Franco die faschistische Falange mit weiteren Rechtsparteien zu einer neuen Einheitspartei unter seiner Führung.

Franco war ein extrem konservativer und antikommunistischer Offizier. Eine nationale Revolution, wie sie den FalangistInnen vorschwebte, befürwortete er dagegen nicht. Dennoch

hatte seine Herrschaft zu Beginn klar faschistische Züge wie einen ausgeprägten Führerkult und die auf Vernichtung abzielende Verfolgung der politischen GegnerInnen.

Die enge Verbindung zwischen dem Franquismus und der Kirche, häufig als «Klerikalfaschismus» bezeichnet, unterschied Spanien allerdings vom nationalsozialistischen Deutschland. Die spanische katholische Kirche unterstützte das franquistische Lager vorbehaltlos. Den Krieg legitimierte sie als «Kreuzzug» gegen den Marxismus. In einem Hirtenbrief vom Juli 1937 rechtfertigten die Bischöfe das Vorgehen der PutschistInnen.⁸

Francisco Franco war zu Beginn nicht der Kopf des Putsches. Doch alle seine Rivalen starben und Franco riss im rechten Lager die Macht an sich.

Deren Armee eroberte bis Mitte Oktober 1937 Asturien und Santander und damit den ganzen Norden. Auch an der diplomatischen Front musste Negrín eine Niederlage einstecken. Die bürgerliche britische Regierung zeigte sich latent profranquistisch und die französische Volksfrontregierung löste sich auf. Die angestrebte Aufhebung der «Nichteinmischung» war so nicht zu erreichen.

Indalecio Prieto versuchte unterdessen, mit britischer Hilfe einen Friedensschluss auszuhandeln. Doch weder Franco noch Negrín waren dazu bereit. Trotz der schwierigen Lage war der Krieg für die Republik noch nicht verloren. Sie kontrollierte mit Neukastilien und der Ostküste weiterhin große Teile Spaniens und bezog noch immer Waffen aus der Sowjetunion.

Als die Regierung Informationen über einen neuen Angriff auf Madrid erhielt, befahl Prieto im Dezember 1937 eine Entlastungsoffensive auf Teruel (Aragonien). Die Volksarmee über-

raschte ihren Gegner und nahm die Stadt ein. Im Februar 1938 konnten die putschistischen Truppen Teruel jedoch zurückerobern und rückten daraufhin gen Mittelmeer vor.

Kriegsminister Prieto und die LinksrepublikanerInnen hielten den Krieg damit für verloren. Juan Negrín, die CNT und die KP wollten allerdings weiterkämpfen. Die KommunistInnen starteten eine Pressekampagne gegen Prieto, der im April 1938 seinen Posten räumen musste. Negrín selbst übernahm das Kriegsministerium.

Die Volksarmee verlor im Winter 1937/1938 im aragonesischen Teruel eine wichtige Schlacht.

Negríns Politik war von nun an darauf ausgerichtet, den Widerstand so lange aufrechtzuerhalten, bis in Europa ein großer Krieg zwischen den faschistischen Staaten und den Westmächten ausbrechen würde. Das republikanische Spanien, so Negríns strategisches Kalkül, würde sich dann für die Westmächte doch noch als Alliiertes anbieten.

Juan Negrín veröffentlichte ein 13-Punkte-Programm. Darin sprach er sich für eine allgemeine Amnestie aus. Die Agrarreform wollte er festschreiben, das Privateigentum und die freie Religionsausübung garantieren. Dieser moderate Diskurs zielte auf das westliche Ausland und auf AnsprechpartnerInnen im gegnerischen Lager, sollten diese zu Friedensverhandlungen bereit sein.

Im Frühjahr 1938 war die Republik allerdings bereits beinahe am Ende. Mitte April stießen nationalistische Verbände in Vinaroz (Castellón) zum Mittelmeer vor. Die republikanische Zone war nun in zwei Teile geteilt: Katalonien im Norden einerseits und Neukastilien einschließlich Madrid und die Levanteküste andererseits. Ein schneller Vorstoß Richtung Barcelona, wo sich die Regierung mittlerwei-

le befand, hätte den Krieg womöglich beendet. Doch die franquistische Offensive richtete sich gegen den Süden, wo sie in den valencianischen Bergen bald stecken blieb.

April 1938 – März 1939

Im Juli 1938 griff die Volksarmee den Gegner an dessen katalanischer Nordflanke an. Die republikanischen Verbände setzten über den Ebro und machten große Geländegewinne. Ende November mussten sie sich jedoch wieder zurückziehen.

Im September 1938 fanden Frankreich und Großbritannien im Münchner Abkommen mit Italien und Deutschland zu einem (vorübergehenden) Ausgleich. Diplomatisch war die Republik damit endgültig entwapfnet: Eine Aufhebung der «Nichteinmischung» würde es nicht geben. Über Monate hatte zudem die Sowjetunion – aus bis heute nicht geklärten Gründen – die Waffenlieferungen ausgesetzt, und im Herbst verließen die Internationalen Brigaden Spanien.⁹

Ende Dezember griff eine riesige franquistische Armee Katalonien an. Die Volksarmee wehrte sich, konnte aber den Verlust des Nordostens nicht verhindern. Ende Januar 1939 gab die Republik Barcelona kampfflos auf, was sich verheerend auf die Moral der Republiktreuen auswirkte.

Juan Negrín und die KP setzten nichtsdestotrotz auf fortgesetzten Widerstand. Negrín hoffte weiter auf den kommenden europäischen Krieg. Die Republik kontrollierte noch immer Neukastilien, Teile der Levante und den Südosten und hatte 500.000 Soldaten unter Waffen. Ende Februar erkannten allerdings Frankreich und Großbritannien die Franco-Regierung als Vertreterin Gesamtspaniens an. Manuel Azaña trat von seinem Amt als Staatspräsident zurück.

Die «Regierung des Sieges», wie die kommunistische Propaganda die Regierung Negrín nannte, hatte sich viele innere Feinde gemacht. Zu diesen gehörten die Anhänge-

rlinnen der ausgebooteten Sozialisten Francisco Largo Caballero und Indalecio Prieto, viele enttäuschte AnarchistInnen und wegen des Zentralisierungskurses auch baskische und katalanische NationalistInnen. Der Aufbau autoritärer Strukturen im republikanischen Staat wie die Militarisierung der Kriegsindustrie hatten diese Opposition befeuert.

Bei einer Versammlung aller wichtigen Befehlshaber gaben fast alle anwesenden Offiziere Juan Negrín zu verstehen, dass weiterer militärischer Widerstand zwecklos sei. Denn die Volksarmee war demoralisiert und schlecht ausgerüstet. Außerdem sahen sich die Städte unaufhörlichen Luftbombardements ausgesetzt, war die Versorgungslage dramatisch und die Bevölkerung kriegsmüde. Am 5. März 1939 erklärte daraufhin eine Verschwörergruppe mit dem Oberst Segismundo Casado als militärischem Kopf Negrín für abgesetzt. Die verschwörerischen SozialistInnen, AnarchistInnen und RepublikanerInnen wollten Weiteres mit dem Feind über einen Waffenstillstand verhandeln.

Im März 1939 kam es zu innerlinken Kämpfen in Madrid: der zweite Bürgerkrieg im Bürgerkrieg nach dem Mai 1937 in Barcelona.

Zum zweiten Mal nach dem Mai 1937 kam es nun in der republikanischen Zone zu militärischen Auseinandersetzungen, als kommunistische Truppen in Madrid den Verbänden der VerschwörerInnen gegenüberstanden. Diesmal verlor die Kommunistische Partei, ihre Parteiführung verließ das Land.

Casado dachte, die «Opferung» der KP und das republikanische Friedensangebot könnten die Gegenseite dazu bringen, eine nationale Versöhnung in Betracht zu ziehen. Doch das erwies sich als Illusion. Franco wollte nicht verhandeln, sondern verlangte die be-

dingungslose Kapitulation der Republik. Ende März rückte die nationalistische Armee schließlich kampflos in die republikanische Zone ein. Am 1. April 1939 erklärte Franco den Bürgerkrieg offiziell für beendet.

Ein Ende mit Schrecken

Aus dem Bürgerkrieg war eines der «zwei Spanien» als Gewinner hervorgegangen. In den nächsten Jahrzehnten bestimmte die Spaltung in SiegerInnen und Besiegte die spanische Gesellschaft. Die NationalistInnen errichteten eine Diktatur (1939–1975), die in Francisco Franco ihren *caudillo* (Führer) hatte. Die FranquistInnen zerschlugen sämtliche Kollektivbetriebe und Arbeiterorganisationen. Alle Parteien außer der Falange waren verboten. Sie stellten die sozialen Verhältnisse aus der Zeit der Monarchie wieder her, was für das spanische Proletariat auch materiell eine große Niederlage bedeutete. Bittere Armut und Hunger waren für lange Zeit die Folge.

Durch den Bürgerkrieg waren große Teile der Infrastruktur des Landes schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Pro-Kopf-Einkommen erreichte erst Anfang der fünfziger Jahre wieder das Vorkriegsniveau. Zwischen 100.000 und 300.000 SpanierInnen sollen im Zuge der Kampfhandlungen getötet worden sein.¹⁰

Hunderttausende AntifranquistInnen waren ins Ausland geflohen, vor allem nach Frankreich. Das Nachbarland empfing die Flüchtlinge keineswegs mit offenen Armen, sondern internierte sie unter erbärmlichen Bedingungen in Lagern. Nachdem die Wehrmacht im Sommer 1940 Frankreich besetzt hatte, mussten die ExilantInnen Zwangsarbeit leisten. Etwa zehntausend sogenannte «RotspanierInnen» verschleppten die NationalsozialistInnen außerdem in deutsche Konzentrationslager.

Viele spanische AntifaschistInnen schlossen sich der französischen Résistance an. Als die Einheiten des Generals Philippe Leclerc Ende August 1944 Paris befreiten, waren unter ihnen zahlreiche spanische Anarchisten.¹¹

Obwohl die FranquistInnen beständig vom Christentum sprachen, war Versöhnung nicht ihre Sache. Stattdessen verfolgten und ermordeten sie ihre GegnerInnen auch nach dem gewonnenen Krieg erbarmungslos.

Wer nach dem militärischen Sieg auf die Milde Francos und seiner AnhängerInnen gehofft hatte, wurde enttäuscht. Unzählige GewerkschafterInnen, SozialistInnen, AnarchistInnen, KommunistInnen, RepublikanerInnen und baskische oder katalanische NationalistInnen landeten in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern.

Die SiegerInnen setzten ihren Vernichtungsfeldzug in großem Stil fort. Schnellgerichte verurteilten unzählige Linke zum Tod. Wo Todesschwadronen nachts zuschlugen, wurden die Ermordeten zu *desaparecidos* (Verschwundenen), weil man sie landesweit in anonymen Massengräbern verscharrte. Bis zu 200.000 Menschen fielen dem faschistischen Mordprogramm zum Opfer.¹² Die brutale Repression ließ mit der Zeit nach, blieb jedoch bis zum letzten Tag ein Wesenszug der Diktatur.

¹ Zit. nach: Vilar, Pierre: Der Spanische Bürgerkrieg, 1936–1939, Berlin 2001, S. 31. ² Die französische Volksfrontregierung sah aufgrund innenpolitischer Schwierigkeiten und der ablehnenden Haltung Londons von einer Unterstützung der Republik ab. Die konservative britische Regierung sympathisierte mit den spanischen PutschistInnen. US-Konzerne belieferten das franquistische Lager in größerem Umfang mit LKW und Treibstoff. ³ Für die ersten Monate bezeichnet der Begriff «franquistisch» das rechte Bürgerkriegslager nicht korrekt, da Francisco Franco zu dieser Zeit noch nicht dessen Anführer war. «Nationalistisch» charakterisiert die chauvinistischen Aufständischen dagegen treffend; vgl. Bernecker, Walther L.: Krieg in Spanien 1936–1939, 2. Aufl., Darmstadt 2005, S. 29. ⁴ Vgl. Collado Seidel, Carlos: Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, München 2006, S. 194; Preston, Paul: The Spanish Civil War. Reaction, Revolution and Revenge, New York/London 2007, S. 231 f. ⁵ Zit. nach: Reig Tapia, Alberto: Ideología e historia. Sobre la represión franquista y la guerra civil, Madrid 1984, S. 142. ⁶ Zit. nach: ebd., S. 146. ⁷ Rede von Dolores Ibárruri in Radio Madrid, 19.7.1936, in: Bernecker, Walther L. (Hrsg.): Der Spanische Bürgerkrieg. Materialien und Quellen, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1986, S. 64 f. ⁸ Vgl. Bernecker (Hrsg.): Materialien, S. 65 ff. ⁹ Den Abzug hatte die Regierung

Negrín beschlossen. Durch die Nationalisierung des Krieges versuchte sie auf internationalem Parkett (vergeblich) zu erreichen, dass auch Italien und Deutschland ihr Militär aus Spanien abzögen; vgl. Mühlen, Patrik von zur: Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg. 1936 bis 1939, Bonn 1983, S. 203 ff. **10** Vgl. Bernecker: Krieg in Spanien, S. 212. **11** Vgl. Froidevaux, Alexandre: Bewaffnet gegen Franco und Hitler, in: Jungle World, 15. 10. 2015, unter: <http://jungle-world.com/artikel/2015/42/52839.html> **12** Vor-

sichtige Quantifizierungen sprechen von 140.000 bis 150.000 Ermordeten; vgl. Bernecker: Krieg in Spanien, S. 213. In der aktuellen Debatte nennen HistorikerInnen häufig höhere Opferzahlen; vgl. Richards, Michael: A Time of Silence. Civil War and the Culture of Repression in Franco's Spain, 1936–1945, Cambridge 1998, S. 30. – Auf linker Seite wurden während des Bürgerkrieges etwa 50.000 Menschen legal und extralegal hingerichtet; vgl. Bernecker: Krieg in Spanien, S. 213.

Alexandre Froidevaux

DIE LIBERTÄRE REVOLUTION (1936–1939)

DREI MILLIONEN MENSCHEN FÜR DIE ANARCHIE

AnarchosyndikalistInnen und LinkssozialistInnen kollektivierten im Sommer 1936 in Katalonien, Aragonien und weiteren Regionen Spaniens unzählige Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe. KommunistInnen, RechtssozialistInnen und LinksrepublikanerInnen bekämpften dagegen die soziale Revolution und verteidigten den bürgerlichen Staat.

19. Juli 1936 in Barcelona: Der Putschgeneral Manuel Goded lässt seine Truppen in die Innenstadt vorrücken. Tausende ProletarierInnen stellen sich ihnen entgegen. Schließlich entscheidet die CNT-FAI im Verbund mit loyalen republikanischen Einheiten die Kämpfe für sich: Eine europäische Millionenmetropole befindet sich in den Händen von AnarchistInnen! Was würde geschehen?

In dieser historischen Situation gingen die ArbeiterInnen und Bäuerinnen und Bauern zur Gegenoffensive über: In weiten Teilen des republikanischen Einflussgebiets enteigneten sie Ländereien, gründeten landwirtschaftliche Kollektive und requirierten Kirchen und Rathäuser für die Revolution.

In den Städten übernahmen die Belegschaften die Kontrolle über die Fabriken. Barcelona war fortan bis hin zu den Straßenbahnen und Restaurants libertär organisiert. Wie es den antiautoritären Vorstellungen des Anarchismus entsprach, bestimmten alle Mitglieder eines Kollektivs basisdemokratisch ein Komitee, das die Geschäftsführung übernahm.¹ Die treibende Kraft der Revolution war die CNT-FAI. Aber auch LinkssozialistInnen beteiligten sich an den Kollektivierungen und der POUM unterstützte die Revolution ebenfalls.

Im Juli 1936 war der Staat weitgehend entmachteter. In ihrer Hochburg Katalonien war die CNT die entscheidende Kraft. Das stellte die AnarchosyndikalistInnen allerdings vor ein Dilemma: Sollten sie die ihnen zugefallene Macht ergreifen und ihre revolutionären Ziele durchsetzen? Das wäre einer Diktatur gleichgekommen, was die anarchistische Bewegung strikt ablehnte. Außerdem musste ja auch ein Bürgerkrieg gegen einen militärisch starken Feind gewonnen werden, wozu eine breite Koalition nötig erschien. So entschloss sich die CNT, mit den übrigen Volksfrontkräften zusammenzuarbeiten.

Das Dilemma der CNT-FAI im Sommer 1936: «aufs Ganze gehen» oder die Macht mit den übrigen Volksfrontkräften teilen?

An diesem Punkt rächte sich, dass die CNT zuvor zwar Vorstellungen über die zu erreichenden gesellschaftlichen Ziele entwickelt hatte, sie jedoch über keinerlei machtpolitische Strategie für den revolutionären Prozess verfügte. Der Entschluss zur Zusammenarbeit führte im Herbst 1936 jedenfalls dazu, dass führende AnarchosyndikalistInnen wie Federica Montseny oder Joan Garcia Oliver in die katalanische und die spanische Regierung eintraten. Sie wurden MinisterInnen eines Staates, den sie doch eigentlich hatten abschaffen wollen. Diese Richtungsentscheidung der CNT sollte es ihren GegnerInnen ermöglichen, die Revolution mit der Zeit zurückzudrängen. Paradoerweise entwickelte sich ausgerechnet die Kommunistische Partei zum entschiedensten Gegner der libertären Revolution innerhalb des republikanischen Lagers. Hierbei half ihr die sowjetische Waffenhilfe und ihr Eintreten

für die Bewahrung der angestammten Eigentumsverhältnisse.

Das verschaffte der KP einen großen Mitgliederzuwachs durch KleinbürgerInnen und besitzende Bauern und Bäuerinnen. In kurzer Zeit entwickelte sich die spanische KP so von einer unbedeutenden Minderheitenpartei zu einer Art Volkspartei.

Die KommunistInnen schwiegen die revolutionären Kollektive und Räte entweder tot oder verleumdete sie systematisch. Ideologisch gab der italienische Komintern-Funktionär Palmiro Togliatti die Richtung vor. Ihm zufolge stand in Spanien zu jener Zeit keine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung, da die bürgerliche Revolution als unabdingbare Vorstufe hierzu nicht vollendet worden sei.

Hatten die AnarchistInnen vor einer einseitigen Machtergreifung zurückgeschreckt, gingen sie mit dem Feind weniger zimperlich um. In der katholischen Kirche erkannten sie den direkten Klassengegner. Tatsächlich unterstützten die meisten Geistlichen offen den Putsch. Die RevolutionärInnen zündeten Klöster an und plünderten Kirchen. Der angestaute Hass kostete manchen Großgrundbesitzer und knapp 7.000 Nonnen und Priestern das Leben.

Die soziale Revolution

Da der Krieg verloren ging und die libertäre Revolution kaum Verbündete, aber umso mehr GegnerInnen gehabt hatte, geriet sie lange Zeit in Vergessenheit. Selbst in der franquistischen Propaganda blieben die Libertären unsichtbar: Die Franco-Diktatur bezeichnete ihre

linken GegnerInnen pauschal als «Kommunisten» oder «Rote».

Umso überschwänglicher äußerten sich libertäre Stimmen wie der deutsche Anarchosyndikalist Augustin Souchy: «Es ist nicht übertrieben, den Prozess der Kollektivierung des Wirtschaftslebens in Spanien als das bedeutendste soziale Experiment des 20. Jahrhunderts zu betrachten. [...] Es war keine Revolution von oben. Alles wurde von unten, [...] vom Volke selbst übernommen. [...] Es gab keine privaten Unternehmergewinne mehr. Doch auch der Staat wurde nicht zum Herrn der Produktionsmittel, wie Marx und Engels es in ihren Schriften gefordert hatten.»²

Von einem revolutionären Prozess außerordentlichen Ausmaßes zu sprechen, ist keineswegs übertrieben. Drei Millionen Menschen beteiligten sich an der Kollektivbewegung.³ Neben der basisdemokratischen Organisation der Kollektive ist ihr egalitärer Charakter besonders bemerkenswert. Die Kollektive führten einen Einheits- oder Familienlohn ein. Manche Landkommune schaffte das Geld gleich ganz ab. CNT-Führer Horacio Martínez Prieto verdiente nicht mehr als ein einfacher Milizionär.

Im Bildungsbereich bedeutete die Revolution für die einfachen SpanierInnen einen großen Schritt nach vorn. Bald gab es allerorten neue Schulen, Programme zur technischen Bildung und Alphabetisierungskampagnen. Überall gründeten die AnarchistInnen *ateneos* (Kulturvereine), in denen es eine Bibliothek gab und wo sie Diskussionsabende, Lesungen oder Theatervorstellungen veranstalteten.

«Frei, gleich, ohne Chefs, Staat und Kirche, brüderlich und gerecht sollte sie sein, die neue Ordnung. Epidemieartig breitete sich der [libertäre Kommunismus] in fast allen befreiten Gebieten aus. Die Bauern kollektivierten Vieh und Felder, benutzten die Geräte gemeinsam und von der Kneipe bis zum Gesundheitsdienst war alles gratis.»

Horst Stowasser⁴

StalinistInnen und Liberale behaupteten immer wieder, dass die Kollektivierungen nur unter Gewaltandrohung zustande gekommen seien. In der Tat begannen viele Kollektivierungen in Aragonien, als libertäre Milizkolonnen im Sommer 1936 durch die Dörfer marschierten. Manches Mal kam es zu Zwangsmaßnahmen, doch «die überwiegende Mehrheit der landlosen Agrarbevölkerung hing dem Kollektivierungskurs der Anarcho-Syndikalisten an und brauchte nicht zum Eintritt in die Kollektive gezwungen werden».⁵ Außerdem war es besitzenden Bauern und Bäuerinnen möglich, als «IndividualistInnen» weiterhin ihre Ländereien zu bewirtschaften.

Kontrovers ist die Frage diskutiert worden, ob die Kollektive effizient wirtschafteten. Während anarchistische HistorikerInnen Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungserfolge anführen, machen andere erhebliche, auch kriegsbedingte Probleme der kollektivierten Produktion aus.⁶

Unumstritten dürfte dagegen sein, dass die kriegswirtschaftlichen Anforderungen die Kollektive stark belasteten. Einerseits sahen sie sich beständig den Bestrebungen der SozialistInnen und KommunistInnen nach staatlicher Steuerung und Kontrolle ausgesetzt. Andererseits wollten viele ProletarierInnen offensichtlich die erhöhten Anforderungen an Arbeitsdisziplin und -aufkommen nicht erfüllen. Michael Seidman kommt jedenfalls in seiner für RevolutionsromantikerInnen provozierenden Untersuchung zu dem Schluss, dass die ArbeiterInnen mit «Sabotage [...] Zuspätkommen [und] Krankfeiern»⁷ mitten in der Revolution gegen die Arbeit Widerstand leisteten.

Für die spanischen Frauen bedeuteten Revolution und Bürgerkrieg einen großen Fortschritt. Sie drangen in die öffentliche gesellschaftliche Sphäre vor, die ihnen bis dahin durch die extrem patriarchalen Strukturen verschlossen geblieben war. Die Frauen organisierten Volksküchen und Kindertagesstätten, arbeiteten in den Fabriken und kämpften zu

Beginn der Revolution manchmal sogar als Milizionärin an der Front.

Die libertären Mujeres Libres (Freie Frauen) mussten sich allerdings mit dem Sexismus der männlichen Anarchisten auseinandersetzen. Außerdem beantragten sie vergeblich ihre Anerkennung als offizielle libertäre Frauenorganisation der CNT. Für die Mujeres Libres waren die Männer Genossen im Klassenkampf, doch, so ihre Überzeugung, müssten die Frauen darüber hinaus für ihre eigene Emanzipation kämpfen. Damit stießen sie auf Widerspruch. So lehnte Federica Montseny, die Grande Dame des spanischen Anarchismus, diese Positionen als bürgerlich-feministisch entschieden ab.⁸

Die Milizen

Die Milizen der CNT-FAI, die unmittelbar nach dem 19. Juli 1936 an die Front zogen, waren zwar bewaffnete Truppen. Dennoch waren sie auch Ausdruck des libertären Antimilitarismus: Rangabzeichen und das Gehorsamsprinzip waren abgeschafft, und es gab einen Einheitssold. Die Einheiten wählten ihre Truppenführer. Selbst über operative Entscheidungen stimmten Soldatenkomitees ab.

Für die AnarchistInnen waren die egalitären Milizen die richtige Organisationsform des revolutionären Krieges. Mit den AnhängerInnen des POUM und linken SozialistInnen waren sie sich einig, dass Krieg und Revolution untrennbar seien. Sie argumentierten, das Volk sei nur für revolutionäre Fortschritte bereit, Opfer zu geben.

Die Kommunistische Partei widersprach. Ein moderner Krieg sei nur mit gelenkter Kriegswirtschaft und militärischer Disziplin zu gewinnen. Daher forderten sie den Aufbau eines Volksheeres, also einer klassischen Armee, in der Politkommissare die Soldaten ideologisch anleiten würden.

Der sozialistische Ministerpräsident Francisco Largo Caballero sympathisierte zunächst mit den Milizen. Doch die KommunistInnen

Die Milizionäre wählten ihre Kommandeure. Soldatenkomitees stimmen über operative Entscheidungen ab.

drängten beständig darauf, ein reguläres Heer zu schaffen. Hinzu kam, dass selbst AnhängerInnen des Milizsystems in den ersten Monaten des Krieges zu der Überzeugung gelangten, dass dieser nur durch straffe Führung zu gewinnen sei.

Das schließlich von Largo Caballero am 21. Oktober 1936 erlassene Dekret zur Schaffung der Volksarmee führte nicht unmittelbar zur vorgesehenen Militarisierung der Milizen. Den Sieg bei der Verteidigung Madrids im November errangen noch starke Milizverbände im Verein mit militärisch organisierten Einheiten wie dem kommunistischen Fünften Regiment und den Internationalen Brigaden. In der Folgezeit wurden die Milizen allerdings zunehmend militärischen Kommandostrukturen unterworfen, die Soldatenkomitees aufgelöst und politische Kommissare eingesetzt. Allerdings stieß dieser Prozess noch monatelang auf den Widerstand anarchistischer und poumistischer Milizionäre.

Die Zerstörung der Revolution

Innerhalb des Anarchosyndikalismus hatte währenddessen ein Prozess eingesetzt, der von der Zusammenarbeit mit den anderen Volksfrontkräften über Regierungsbeteiligungen hin zur Akzeptanz klassischer Realpolitik führte. Der militärische Druck seitens eines durch die faschistischen Großmächte aufgerüsteten Feindes trug zu diesem Prozess entscheidend bei. Hinzu kam die Abhängigkeit von der sowjetischen Waffenhilfe.

Begleitet wurde diese Entwicklung von einer zunehmenden Hierarchisierung der CNT-FAI und einer schrittweisen Aufgabe ihrer basisdemokratischen Prinzipien. In der katalanischen Regierung beschloss die CNT das Kollektivierungsdekret vom 24. Oktober 1936

mit. Dieses zielte darauf ab, die Kollektivbetriebe zu regulieren und zu kontrollieren.

Im März 1937 stimmte

die CNT schließlich auch der Militarisierung der Milizen zu. In den Einheiten von CNT und POUM gab es Unmut. Offenen Widerstand gegen die Eingliederung der Milizen in das Volksheer leisteten jedoch nur einzelne libertäre Milizen wie die radikal-anarchistischen Amigos de Durruti (Freunde Durrutis).

Dennoch wurden die Spannungen innerhalb der republikanischen Zone im Laufe der Zeit immer größer. Sie entluden sich schließlich im Mai 1937, als Einheiten der kommunistisch beherrschten Sturmgarde versuchten, die Telefonzentrale in Barcelona einzunehmen. Die Zentrale kontrollierten seit dem Sommer 1936 die AnarchistInnen, die den Angriff mit Gewehrfeuer beantworteten. Dies war der Auftakt mehrtägiger Gefechte zwischen kommunistischen und katalanisch-nationalistischen Einheiten einerseits und Truppen von CNT und POUM andererseits.

Schließlich besetzten 5.000 Sturmgardisten auf Befehl der Zentralregierung Barcelona. Sie entwaffneten die ArbeiterInnen. Zahlreiche AnhängerInnen von CNT und POUM wurden verhaftet, nicht wenige getötet. Die Ereignisse waren der Anfang vom Ende der Revolution.

Innerhalb des Anarchosyndikalismus tat sich ein Bruch auf. Viele BasisaktivistInnen hatten die Straßenkämpfe bis zum Ende führen wollen. Die führenden Köpfe der CNT-FAI hatten sich jedoch für einen Waffenstillstand eingesetzt. Sie schwenkten nun endgültig auf einen realpolitischen Kurs ein.

Der Hierarchisierungsprozess des Anarchismus sollte im April 1938 seinen Höhepunkt erreichen, als CNT, FAI und der Jugendverband zum MLE (Movimiento Libertario Español, Libertäre Spanische Bewegung) zusammengefasst wurden. Das Exekutivkomitee des MLE hatte fortan Leitungsfunktionen wie der Vor-

stand einer Partei. Einen Monat zuvor hatte die CNT in einem Pakt mit der sozialistischen UGT ihre libertären Prinzipien über Bord geworfen. In dem Abkommen bekannte sie sich zur parlamentarischen Demokratie, zum kleinbäuerlichen Privateigentum und zur staatlichen Kontrolle der Kollektive.

«Aus Berufsrevolutionären waren Minister, aus Untergrundkämpfern Generäle, aus Militanten Verwaltungsspezialisten und aus Staatsverächtern Staatsanhänger geworden»

Michael Schumann und Heinz Auweder⁹

Im Gefolge der Kämpfe in Barcelona vom Mai gelang es den KommunistInnen und seinen innerparteilichen WidersacherInnen, den sozialistischen Ministerpräsidenten Francisco Largo Caballero aus der Regierung zu drängen. Unter seinem Nachfolger Juan Negrín besetzte die Kommunistische Partei systematisch Schlüsselpositionen in der Armee und im Regierungsapparat.

Derart gestärkt ging die stalinistische KP gegen ihre GegnerInnen vor. Mit einer gezielten Verfolgungskampagne schalteten sie den POUM aus, den marxistischen Rivalen, der nicht den Vorgaben Moskaus folgte. Die StalinistInnen warfen den PoumistInnen vor, im Mai in Barcelona gegen die Republik geputsch zu haben und faschistische AgentInnen zu sein. Sowjetische Geheimagenten verhafteten PoumistInnen und AnarchosyndikalistInnen. Sie verschleppten ihre Opfer in Geheimgefängnisse, wo sie sie folterten und nicht selten umbrachten. Prominentestes Opfer dieser Repression war der POUM-Führer Andreu Nin.

Unter der Regierung von Juan Negrín nahm das republikanische Spanien zunehmend Züge eines autoritären Staates an. Die Regierung

bauete die Zensur erheblich aus. Sie schuf Sondergerichte für Spionage- und Hochverrat, vor denen sich RegierungsgegnerInnen wiederfanden. Der neue militärische Geheimdienst SIM geriet schnell unter kommunistische Kontrolle. Die KommunistInnen bauten ihn zu einer Geheimpolizei um und verschleppten,

folterten und ermordeten «TrotzkistInnen» und SozialrevolutionärInnen.¹⁰

Mitte August 1937 zerschlug eine kommunistische Division unter Befehl von Enrique Lister den Rat von Aragonien, das Lenkungsgremium der aragonesischen Land-

kollektive. Listers Leute verhafteten Hunderte AnarchosyndikalistInnen. Zahlreiche Landkommunen wurden zerstört, manche von ihnen jedoch danach wieder aufgebaut. Die meisten Kollektive existierten aber so lange, bis die FranquistInnen kamen.

¹ Die RevolutionärInnen schufen wirtschaftliche Föderationen und übergeordnete Räte wie zum Beispiel den Rat von Aragonien. Sie führten jedoch kein durchgängiges föderales Rätssystem ein, wie es dem Programm der CNT entsprochen hätte; vgl. Bernecker, Walther L.: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Heidelberg 2006, S. 134, 229 f. ² Souchy, Augustin: Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Grafenau 2007, S. 83. ³ Vgl. Bernecker, Walther L.: Krieg in Spanien 1936–1939, 2. Aufl., Darmstadt 2005, S. 163. ⁴ Stowasser, Horst: Leben ohne Chef und Staat. Träume und Wirklichkeit der Anarchisten, Frankfurt a.M. 1986, S. 126. ⁵ Bernecker, Walther L.: Der Spanische Bürgerkrieg in Aragonien, in: Sevilla, Rafael/Kölling, Mario/Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): Aragonien. Interkulturalität und Kompromiss, Bad Honnef 2008, S. 100. ⁶ Vgl. Saña, Heleno: Die libertäre Revolution, Die Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg, Hamburg 2001, S. 97 ff.; Bernecker: Anarchismus und Bürgerkrieg, S. 128 ff., 206 ff. Aufgrund unzulänglicher Quellenlage lässt sich diese Frage nicht abschließend klären. ⁷ Seidman, Michael: Gegen die Arbeit. Über die Arbeitskämpfe in Barcelona und Paris 1936–38, Heidelberg 2011, S. 236. ⁸ Vgl. Bianchi, Vera: Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg, Münster 2003, S. 57 ff., 85. ⁹ Schumann, Michael/Auweder, Heinz: A las barricadas. Triumph und Scheitern des Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg, Grafenau 1987, S. 81. ¹⁰ Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg. 1936 bis 1939, Bonn 1983, S. 144, 175; Baumer, Andreas: Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España – Widerstand, Krise und Anpassung (1970–2006), Baden-Baden 2008, S. 73, 91, 94.

Dieter Nelles

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT **DEUTSCHE ANTIFASCHISTINNEN IN SPANIEN**

Zehntausende Freiwillige kämpften in den Milizen und den Internationalen Brigaden. Darunter waren auch viele Deutsche.

Rund 40.000 internationale Freiwillige kämpften in den Milizen und den Internationalen Brigaden oder als JournalistInnen und PropagandistInnen aufseiten der Republik. Darunter waren rund 9.800 Franzosen und Französinen, 4.000 ItalienerInnen, 4.000 PolInnen, 3.500 Deutsche, 2.700 US-AmerikanerInnen und 2.000 BritInnenen.

Wenn deren Engagement noch heute weltweit nachwirkt, hat dies auch mit der literarischen und künstlerischen Verarbeitung zu tun. Es gibt vermutlich kein anderes historisches Ereignis neben dem Zweiten Weltkrieg, bei dem Intellektuelle und SchriftstellerInnen so stark engagiert waren und als Soldaten gekämpft haben. George Orwell kämpfte in einer Miliz des POUM, André Malraux organisierte eine Fliegerstaffel, Gustav Regler war politischer Kommissar, Carl Einstein kämpfte in der Columna Durruti.

Groß war die Zahl der JournalistInnen, die Spanien während des Bürgerkrieges bereisten und hofften, durch ihr Engagement die Spanische Republik zu unterstützen. Dabei verschmolzen tendenziell die Grenzen zwischen Berichterstattung und aktiver Teilnahme. So belieferte Gerta Taro mit ihrem damaligen Lebensgefährten Robert Capa die Welt mit sensationellen Fotografien vom Krieg in Spanien. Sie, die später selbst während der Schlacht um Brunete starb, soll gesagt haben: «Wenn man bedenkt, wie viele großartige Menschen, die wir kennen, allein in dieser Offensive umgekommen sind, kommt einem der absurde Gedanke, dass es irgendwie unfair ist, noch am Leben zu sein.»¹

Die Milizen

In Spanien lebende EmigrantInnen und TeilnehmerInnen der Arbeiterolympiade beteiligten sich im Sommer 1936 an der Seite ihrer spanischen GenossInnen an der Niederschlagung des Putsches. Sie schlossen sich danach den Milizen der CNT-FAI, des POUM und der katalanischen Kommunistischen Partei an. Ihrem Beispiel folgten in den ersten Wochen viele der Freiwilligen, die sich auf den Weg nach Spanien gemacht hatten. Sie schlossen sich in Katalonien Milizen der CNT-FAI an, nicht unbedingt aus Sympathie für den Anarchismus, sondern weil die CNT-FAI dort die mächtigste Arbeiterorganisation war. Insgesamt kämpften rund 1.500 Freiwillige in den Milizen der CNT-FAI, darunter rund 600 ItalienerInnen, 200 Deutsche und 200 Franzosen/Französinen.

Die deutschsprachigen Freiwilligen wurden von der kleinen Gruppe Deutsche Anarchosyndikalisten im Ausland (DAS) betreut, deren Mitglieder im Windschatten der CNT-FAI auch einen «kurzen Sommer der Anarchie» erlebten. Die DAS übernahm während der Revolution die Kontrolle der deutschsprachigen AusländerInnen in Katalonien, verwaltete mehrere Heime und Kollektive für EmigrantInnen und war für die deutschsprachige Propaganda der CNT-FAI verantwortlich.

Außerdem beschlagnahmten Mitglieder der DAS während der Julitage des Jahres 1936 beim Sturm auf den Deutschen Club sowie bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von deutschen NationalsozialistInnen wichtige Dokumente. Diese belegten, dass die Auslandsorganisation der NSDAP in Spanien GegnerInnen des NS-Regimes überwachte und einschüchterte sowie Einfluss auf die spanische Innenpolitik ausübte. Die DAS ver-

öffentliche diese brisanten Papiere 1937 im «Schwarzrotbuch», das 1938 auch in spanischer Sprache erschien.²

Die erste deutsche Milizeinheit der CNT war die Gruppe Erich Mühsam, die unter der politischen Leitung des Berliner Anarchosyndikalisten Rudolf Michaelis am 27. August 1936 mit der Kolonne Los Aguiluchos an die Aragonfront zog. Im November 1937 wurde die Gruppe aufgelöst und in die Kolonne Durruti eingereiht, der im Oktober 1936 rund 200 ausländische Freiwillige angehörten. Im Zuge der Militarisierung der Milizen, die von den meisten deutschen Freiwilligen unter gewissen Bedingungen akzeptiert wurde, bildeten die AusländerInnen die Internationale Kompanie der 26. Division (Durruti). Nach schweren Verlusten bei den Kämpfen um die Eremita de Santa Quiteria bei Tardienta wurde die Internationale Kompanie im Mai 1937 reorganisiert.

«Damals lief für alle, die gegen den Faschismus kämpften, die entscheidende Front in Spanien. Denn es war nicht nur die einzige Front, die sich zweieinhalb Jahre lang hinzog, sondern es war auch der einzige Kampf, an dem sie als Individuen teilnehmen konnten.»

Eric Hobsbawm, britischer Historiker³

In der Batterie Sacco und Vanzetti, die der Kolonne Tierra y Libertad angehörte, kämpfte eine Gruppe von deutschen Milizionären. Militärischer Leiter dieser Gruppe war der seit 1932 in Barcelona lebende deutsche Anarchosyndikalist Paul Czakon. Eine weitere Gruppe von deutschen Freiwilligen kämpfte in der italienischen Sektion der Kolonne Ascaso, die von dem bekannten Antifaschisten Carlos Rosselli kommandiert wurde. Darüber hinaus gab es noch vereinzelt Deutsche in anderen Milizen der CNT-FAI. Der überwiegende Teil der Freiwilligen hatte in Deutschland linken Organisa-

tionen angehört, mehr als die Hälfte der KPD und ihren Unterorganisationen.

In den Milizen des POUM kämpften rund 300 bis 400 ausländische Freiwillige, darunter etwa 100 Deutsche. Und in den Milizen des PSUC (Partit Socialista Unificat de Catalunya, Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens) kämpften weitere rund 100 deutsche Freiwillige in der Gruppe Thälmann und der Centuria Thälmann. Diese Freiwilligen schlossen sich im Unterschied zu denen der CNT-FAI und der POUM schon im Oktober 1936 den Internationalen Brigaden an.

Die führenden FunktionärInnen der CNT-FAI hatten allerdings kein großes Interesse an den ausländischen Freiwilligen, da es in Spanien nicht an KämpferInnen, sondern an Waffen mangelte. Die deutschen AnarchosyndikalistInnen kritisierten diese Haltung. Sie argumentierten, dass das hohe Ansehen der Internationalen Brigaden es den KommunistInnen ermöglichte, die antifaschistische Bewegung zu dominieren und damit den Einfluss der CNT-FAI zu schwächen.

Aufgrund ihrer Haltung hatte die CNT-FAI nichts gegen den Erlass der Negrín-Regierung im Juni 1937 einzuwenden, alle ausländischen Freiwilligen in die Internationalen Brigaden zu überführen und damit die internationalen Einheiten aufzulösen. Die meisten Freiwilligen verließen Spanien daraufhin. Die übrigen wechselten zu den Internationalen Brigaden oder verblieben in den anarchistisch dominierten Divisionen der republikanischen Armee. In den Internationalen Brigaden unterstanden die ehemaligen Freiwilligen der CNT-FAI einer strengen politischen Kontrolle durch den Servicio de Investigación Militar (SIM, Militärischer Geheimdienst), blieben aber unbehelligt, soweit sie sich nicht öffentlich politisch äußerten.

Von der stalinistischen Repression, die nach den Maitagen 1937 einsetzte und sich vor al-

lem gegen den POUM und dessen ausländische SympathisantInnen richtete, waren auch die Mitglieder der DAS besonders betroffen. Unter maßgeblicher Beteiligung des Nachrichtendienstes der KPD wurden fast alle ihre Mitglieder verhaftet oder aus Spanien ausgewiesen.

Internationale Brigaden

Die neuere Forschung geht davon aus, dass die Bildung der Internationalen Brigaden im Herbst 1936 von französischen KP-Kreisen ausging. Offiziell rief das Sekretariat der Komintern (Kommunistische Internationale) am 18. September 1936 die Mitgliederparteien auf, militärisch ausgebildete Arbeiter als Freiwillige für den spanischen Krieg zu rekrutieren. Nachdem der spanische Ministerpräsident Largo Caballero am 22. Oktober 1936 sein Einverständnis gegeben hatte, wurden die Internationalen Brigaden offiziell aufgestellt. Ihre Basis befand sich im südostspanischen Albacete. Die ersten Freiwilligen wurden nach kurzer Ausbildung schon im November 1936 bei der Verteidigung Madrids eingesetzt. Dort gelang es ihnen im Verbund mit spanischen Einheiten, den Angriff der nationalistischen Truppen abzuwehren. Ob der republikanische Sieg in erster Linie den Internationalen Brigaden zu verdanken war, ist umstritten. Aber die psychologische Wirkung war sowohl in Spanien als auch im Ausland von großer Bedeutung. Die Internationalen Brigaden waren während der ganzen Zeit ihres Bestehens in verlustreichen Kämpfen eingesetzt. Auf Basis der internationalen wissenschaftlichen Literatur schätzt Michael Uhl, dass rund ein Viertel aller InterbrigadistInnen in Spanien ihr Leben ließ.⁴ Mitte 1937 gab es sieben Internationale Brigaden, die nach sprachlichen Kriterien zusammengefasst waren. Die meisten deutschsprachigen Freiwilligen kämpften in der XI. Brigade, die vier Bataillone hatte. Die Rekrutierung der deutschen Freiwilligen lag in den Händen der Exil-KPD. Schon am 7. April 1936

beschloss das Zentralkomitee (ZK) der KPD in Prag, die militärisch erfahrenen Emigranten aufzurufen, nach Spanien zu gehen. Schon am 4. August war der später vor Madrid gefallene Hans Beimler mit einer Gruppe von Paris nach Barcelona aufgebrochen und hatte dort die schon erwähnte Centuria Thälmann gegründet.

Im September 1938 beschloss die Regierung Negrin, auch die Internationalen Brigaden aufzulösen. Die damit verbundene Hoffnung, dass auch Deutschland und Italien die Unterstützung Francos einstellen würden, erfüllte sich jedoch nicht.

Auf Basis der heute vorliegenden Quellen sind zuverlässige Angaben über Anzahl, Herkunft und Zusammensetzung der deutschen Freiwilligen möglich. Die lange vorherrschende Zahl von 5.000 InterbrigadistInnen ist bei Weitem zu hoch gegriffen. Nach Schätzungen des Historikers Michael Uhl gab es insgesamt 2.800 bis 3.000 InterbrigadistInnen sowie 400 bis 500 sonstige Freiwillige. Orientiert man sich an den Gefallenenquoten der anderen internationalen Freiwilligen (25–30 %), kann man von 700 bis 840 deutschen Gefallenen ausgehen. Verbinde man «grob vereinfachend», schreibt Michael Uhl, Angaben zu Alter, Herkunft und politischer Zusammensetzung, so verdichtete sich folgendes Profil der Freiwilligen: «Der im statistischen Sinne durchschnittliche deutsche Interbrigadist war theoretisch zwischen 26 und 30 Jahre alt und ledig, stammte aus dem Arbeitermilieu einer Großstadt, gehörte der KPD an und hatte vor 1936 in der Emigration im europäischen Ausland gelebt».⁵ Der hohe Anteil von KommunistInnen (ca. 70 %) unter den Freiwilligen war in erster Linie auf die Rekrutierung zurückzuführen, die fast ausschließlich von den kommunistischen Parteien getragen wurde. In Paris gründete die KPD zwei Kommissionen, die sich um die Rekrutierung und Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit sowie um Propaganda kümmerten.

Die SPD zeigte ein bemerkenswertes Desinteresse am Spanischen Bürgerkrieg und verhielt sich im Unterschied zu den italienischen SozialistInnen indifferent und passiv gegenüber den Internationalen Brigaden. Sie riet ihren Mitgliedern teilweise davon ab, sich diesen anzuschließen. Einer zeitgenössischen Statistik zufolge gehörten von 2.318 Freiwilligen 169 der SPD an, sieben ihrer Jugendorganisation sowie 153 Freiwillige sozialistischen Kleingruppen.⁶

Innerhalb der sozialdemokratischen Freiwilligen waren die SaarländerInnen relativ stark vertreten, was auf die große Zahl saarländischer SozialdemokratInnen zurückzuführen war, die nach dem Saarkampf 1935 nach Frankreich emigriert waren. Über den politischen Standort der sozialdemokratischen Freiwilligen sind bislang noch keine genauen Aussagen möglich.

Die politische Überwachung der und die Repression gegenüber den Freiwilligen führte schon in der zeitgenössischen Öffentlichkeit zu heftigen Auseinandersetzungen und bestimmte maßgeblich die linke Debatte über den Bürgerkrieg. Durch die nun zugänglichen Archive der Internationalen Brigaden in Berlin und Moskau ist das Ausmaß dieser Repression offenbar geworden. Die KPD spielte bei der Unterdrückung der «trotzkistischen Feinde» auf der Linken eine herausragende Rolle. Neben der Mitarbeit im Ausländerbüro der katalanischen KP und im katalanischen Zweig des republikanischen Geheimdienstes baute die KPD in Spanien einen geheimen Abwehrapparat auf. Dieser hatte nachweisbare Verbindungen zum sowjetischen Geheimdienst NKWD und arbeitete eng mit dem Geheimdienst, dem Grenzdienst sowie der Kaderabteilung der Internationalen Brigaden zusammen. Auf Basis der gesamten in Spanien entstandenen Kaderakten stellte der deutsche Kommunist Gustav Szinda 1940 in Moskau Beurteilungen über 2.267 deutsche Freiwillige in Spanien zusammen.⁷ Rund 200 Freiwilli-

ge wurden während des Krieges einmal verhaftet, ungefähr die Hälfte wegen armetypischer Disziplinarvergehen oder wegen Desertion. Rund ein Viertel wurde wegen «Spionage», «Sabotage» oder «Agententätigkeit» angeklagt. Gerüchte über Massenerschießungen bei den Internationalen Brigaden, die bis in die politische Diskussion der Gegenwart reichen, lassen sich quellenmäßig jedoch nicht erhärten. Die meisten Freiwilligen blieben von politischen Repressionen verschont, wenn auch die stalinistischen Methoden der Überwachung in den Internationalen Brigaden übernommen wurden.

Die stalinistischen Repressionen hatten allerdings ein politisches Nachspiel im südfranzösischen Internierungslager Gurs, wo ein großer Teil der SpanienkämpferInnen aus faschistischen Herkunftsländern nach dem Bürgerkrieg interniert wurde. Im März 1939 kam es dort zu einer offenen politischen Spaltung. Mehr als 130 deutsche SpanienkämpferInnen, die sich nicht dem politischen Diktat der kommunistischen Lagerleitung unterwerfen wollten, organisierten sich separat und nannten sich nach dem Namen ihres Quartiers 9. Kompanie.

Auch wenn deutsche Anhänger der CNT-FAI und des POUM führende Positionen in der 9. Kompanie einnahmen, rekrutierten sich deren Mitglieder aus dem gesamten politischen Spektrum der deutschen Linken, und fast die Hälfte waren Kommunisten. Diese standen mit dem bekannten Propagandisten Willi Münzenberg in Verbindung, der kurz zuvor aus der KPD ausgeschlossen worden war.

¹ Zit. nach: Schaber, Irme; Gerta Taro. Fotoreporterin im Spanischen Bürgerkrieg. Eine Biographie, Marburg 1994, S. 163. ² Vgl. Nelles, Dieter/Linse, Ulrich/Piotrowski, Harald/García Carlos: Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona (1933–1939). Die Gruppe «Deutsche Anarchosyndikalisten» (DAS), Heidelberg 2013. ³ Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 206. ⁴ Vgl. Uhl, Michael: Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR, Bonn 2004, S. 50. ⁵ Ebd., S. 61. ⁶ Vgl. ebd., S. 57. ⁷ Vgl. ebd., S. 76.

Werner Abel

ANTIKOMMUNISMUS UND ANTIFASCHISMUS IM KALTEN KRIEG

DIE UNTERSCHIEDLICHE REZEPTION DES SPANISCHEN BÜRGERKRIEGES IN DER BRD UND DER DDR

Das Engagement deutscher Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg wurde in den beiden deutschen Staaten sehr unterschiedlich gewürdigt, wie sich anhand zweier Biografien zeigen lässt.

Der Wittlicher Spanienkämpfer Peter Habscheid war während des Krieges Kraftfahrer bei der XI. Internationalen Brigade gewesen und am Fuß verletzt worden. Während der deutschen Besatzung Frankreichs tauchte er unter und war im Widerstand tätig. Aufgrund der Folgen seiner Verletzung konnte er nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch sehr eingeschränkt arbeiten.

Anfang der 1950er Jahre stellte er in der gerade gegründeten Bundesrepublik Deutschland einen Antrag auf Wiedergutmachung. Im konfrontativen Klima des Kalten Krieges sah er sich genötigt, aus taktischen Gründen aus der KPD auszutreten. Seinen Einsatz im Bürgerkrieg spielte er weitestgehend herunter. Seine körperlichen Schäden stammten, so erklärte er, aus der Zeit seiner Internierung in Frankreich, nach der Flucht aus Spanien. In seinem Antrag auf Wiedergutmachung erwähnte er seine physischen Einschränkungen kaum.

Hätte ihn sein Neffe, ein Jurist, nicht tatkräftig unterstützt, wäre ihm auch die kleine Rente verweigert worden, die er schließlich bekam. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der Bundesrepublik empfahl den SpanienkämpferInnen damals, ihren Aufenthalt in Spanien am besten gar nicht zu erwähnen. Und Peter Habscheid war nur ein einfacher Soldat bei den Internationalen Brigaden gewesen.

Völlig anders war die Situation in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR.

Der höchstrangige deutsche Offizier bei den Internationalen Brigaden war der deutsche Kommunist Wilhelm Zaisser gewesen, der als General «José Gómez» zunächst die XIII. Brigade und dann den Hauptstützpunkt der Interbrigaden in Albacete befehligt hatte. In dieser letzten Funktion war er militärisch für alle ausländischen Freiwilligen zuständig gewesen.

Nach dem Krieg wurde Zaisser Polizeipräsident in Sachsen-Anhalt (bis 1948), dann Innenminister des Landes Sachsen und ab 1950 Minister für Staatssicherheit. In dieser Funktion und als Kandidat des Politbüros der SED, dem obersten Führungsgremium der DDR, gehörte er zu den mächtigsten Personen des Landes. Er war keine Ausnahme. Seine Biografie steht beispielhaft für den Großteil der SpanienkämpferInnen, die nach dem Krieg bewusst Ostdeutschland als Lebensort gewählt hatten.

Bundesrepublik Deutschland

Die beiden Biografien illustrieren die unterschiedliche historische Auseinandersetzung mit dem Spanischen Bürgerkrieg, in den das nationalsozialistische Deutschland durch die intensiven Hilfeleistungen für die PutschistInnen und das spätere Franco-Regime verwickelt gewesen war. Die BRD gewährte den Angehörigen der Legion Condor und anderer Waffengattungen, die in Spanien an der Seite der FranquistInnen gekämpft hatten, unkompliziert die vollen Rentenleistungen, so zum Beispiel bei Verwundungen. Die linken SpanienkämpferInnen wurden dagegen oft noch in der Nazi-Terminologie als «RotspanierInnen» bezeichnet und waren generell als KommunistInnen verdächtig.

Erst nach 1969 grenzte die bundesdeutsche Gesellschaft linke Kriegsfreiwillige nicht mehr so aus wie zuvor. Es dauerte aber auch dann noch Jahre, bis ihnen auch juristische Gerechtigkeit widerfuhr.¹ Eine Reihe von SpanienkämpferInnen übersiedelte daher in die DDR, vor allem nach dem Verbot der KPD vom August 1956. Wurden sie Opfer des Kalten Krieges, so gehörte die Franco-Diktatur zu dessen Nutznießern.

In der frühen BRD erhielten ehemalige Wehrmachtsoldaten, die in Spanien gekämpft hatten, großzügige Renten. Die linken SpanienkämpferInnen waren dagegen als KommunistInnen verdächtig und wurden ausgegrenzt.

Spaniens außenpolitische Isolierung nach dem Zweiten Weltkrieg konnte bald aufgebrochen werden, bot sich das Land doch an, Teil des antikommunistischen Blocks zu werden. In den Medien und in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik wurde Verständnis für die Rolle der FranquistInnen im Spanischen Bürgerkrieg geäußert. 1950 erschien aber auch, als eindeutiges Bekenntnis für die spanische Republik, Ernest Hemingways Roman «Wem die Stunde schlägt» in einer Neuauflage, der seitdem Dutzende weitere Auflagen folgten.

Die verbreiteten Sympathien für das franquistische Spanien schwanden in Westdeutschland erst ab Ende der 1960er Jahre mit dem Aufkommen der Studentenbewegung, der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und der sozialliberalen Regierung ab 1969. Deren Bundeskanzler Willy Brandt hatte sich selbst auf der Seite der Spanischen Republik engagiert.

Jetzt erschienen vermehrt die Memoiren derer, die sich an der sozialen Revolution in Spanien beteiligt hatten. Das führte auch zu einer intensiveren Beschäftigung der Geschichts-

wissenschaft mit dieser Thematik, nicht zuletzt weil kritische WissenschaftlerInnen nach historischen Vorbildern für eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus einerseits und zum sowjetisch dominierten Kommunismus andererseits suchten.

Zeitgleich kamen aber auch die Erinnerungen von Alfred Kantorowicz, Gustav Regler, Arthur Koestler und anderer SpanienkämpferInnen heraus, die mit dem Parteikommunismus ge-

brochen hatten und neue Perspektiven auf den Spanischen Bürgerkrieg eröffneten. Ein wichtiges Buch und eine sozialdemokratische Sicht auf dieses Ereignis war Rolf Reventlows «Spanien in diesem Jahrhundert» von 1968.

Mit der APO und der Regierung Willy Brandts änderte sich das gesellschaftliche Klima auch in Bezug auf den Spanischen Bürgerkrieg.

Galt das Interesse der Geschichtswissenschaften bis in die 1970er Jahre hinein noch dem Eingreifen des nationalsozialistischen Deutschlands in den Bürgerkrieg, so setzten die Arbeiten von Walther L. Bernecker über «Anarchismus und Bürgerkrieg», seine Quellen-Edition zur sozialen Revolution, die Herausgabe der Schriften Leo Trotzki über Spanien und später Julián Gorkins Arbeit über die feindliche Haltung der Sowjetunion gegenüber den spanischen Linken neue Akzente. In den 1980er Jahren erschienen dann Reiner Huhles Studie über die Theorie und Politik der KP Spaniens zwischen 1936 und 1939, das Buch Reiner Tosstorffs über den POUM und die erste Gesamtdarstellung der deutschen Linken im Spanischen Bürgerkrieg von Patrik von zur Mühlen.²

Mit der Krise des Spätfranquismus ab den 1960er Jahren endete auch die Sympathie konservativer Medien für Franco-Spanien. Nicht vergessen werden sollte jedoch, dass die Rechte trotzdem weiterhin versuchte, die deutsche Intervention in Spanien zu rechtfertigen. Das reichte von der Leugnung der deutschen Schuld an der Zerstörung der baskischen Stadt Guernica am 26. April 1937 bis zu der Behauptung des Goebbels-Adjutanten Wilfried von Oven, der deutsche Einsatz hätte «die kommunistische Machtergreifung auf der Iberischen Halbinsel» für die nächsten 50 Jahre verhindert.

Deutsche Demokratische Republik

Anders als die frühe Bundesrepublik suchte die DDR von Anfang an Legitimation im historischen Antifaschismus. In diesem Diskurs hatte die Solidarität mit der bedrohten Spanischen Republik und der Kampf der InterbrigadistInnen einen hohen Stellenwert.³ Sicher ist das auch ein Grund dafür, dass die SpanienkämpferInnen in der DDR während der stalinistischen Parteisäuberungen Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre nicht wie ihre tschechoslowakischen oder ungarischen GenossInnen unter den Generalverdacht gerieten, als «Westemigranten» potenzielle «Agenten des Klassenfeinds» zu sein.

Die DDR-Historiografie und die Verlagstätigkeit fokussierten von Anbeginn an auf die kommunistisch geführten Internationalen Brigaden und deren Kampf als Bestandteil der republikanischen Volksarmee. Schon 1948 erschien Alfred Kantorowicz' «Spanisches Tagebuch», von kritischen Passagen gereinigt, und ein erster, wenn auch schlechter Nachdruck seines schon 1938 in Madrid publizierten Buches «Tschapajew. Das Bataillon der 21 Nationen».

Die Veröffentlichung dieses Buches hatten die KPD und die politische Leitung der Interbrigaden 1938 noch zu verhindern versucht.⁴

Gewidmet jenem Bataillon der XIII. Internationalen Brigade, das am internationalsten aufgestellt war, erlebte es 1956 in der DDR eine neue, originalgetreue Auflage. Das geschah sehr zu Kantorowicz' Verblüffung, war doch der Kommandeur dieser Brigade, Wilhelm Zaisser, zu dieser Zeit in der DDR aufgrund verschiedener Vorkommnisse längst in Ungnade gefallen.

In den 1950er Jahren erschienen außerdem die Spanienbücher von Eduard Claudius, Jan Griwa und die gekürzte Fassung von Ludwig Renns Tagebuch «Im Spanischen Krieg».⁵ Auffallend ist, dass ein Großteil der Spanienbücher vom Militärverlag der DDR verlegt wurde. Das hing wohl damit zusammen, dass, wie der ostdeutsche Historiker Horst Kühne schrieb, in der DDR die revolutionäre Militärtadition fortgesetzt werde.

So orientierten sich die meisten Spanienbücher in der DDR denn auch am Kampf der InterbrigadistInnen und am Internationalismus. Das sollte einerseits zur «sozialistischen Bewusstseinsbildung» beitragen, andererseits aber auch legitimieren, dass viele ehemalige SpanienkämpferInnen führend in der Partei- und Staatshierarchie vertreten waren.

Auffallend ist weiter, dass die revolutionären, vor allem sozialökonomischen Umgestaltungen in der republikanischen Zone Spaniens konsequent ausgeblendet blieben. Michail Kolzow erwähnte in seinem 1960 posthum veröffentlichten Buch «Die rote Schlacht» den «libertären Kommunismus» der AnarchistInnen wenigstens. Ansonsten erschienen jedoch keine Analysen der Kollektivierungen, des Genossenschaftswesens und der Rätebewegung in Spanien.

Den linken Alternativen der LinksozialistInnen, vor allem des kommunistischen POUM und der AnarchistInnen zum sowjetischen Staatssozialismus wurde dieselbe Ablehnung zuteil wie schon in den 1930er Jahren. Das galt auch für «Der einzige Weg» der spanischen Kommunistenführerin Dolores Ibárruri,

für «Prolog für ein neues Spanien» des tschechischen Kommunisten Arthur London und für die Arbeiten der HistorikerInnen Marion Einhorn und Horst Kühne sowie die 1966 von der Militärakademie in Dresden veranstaltete Konferenz über den «nationalrevolutionären Kampf in Spanien».

Die DDR pries den Heldenmut und den proletarischen Internationalismus der InterbrigadistInnen. Die soziale Revolution der Jahre 1936 bis 1939 schwieg sie tot.

Unzählige Zeitungsartikel und Broschüren waren vom «proletarischen Internationalismus» der InterbrigadistInnen dominiert und beschworen mehr oder weniger offensichtlich eine Kontinuitätslinie zwischen dem «nationalrevolutionären Kampf» in Spanien und der «Verteidigung der revolutionären Errungenschaften» in der DDR.

Auch die 1974 publizierten Bände «Brigada Internacional ist unser Ehrenname» mit den Erinnerungen deutscher Spanienkämpfer und die 1977 edierte zweibändige Ausgabe von Willi Bredels «Spanienkrieg» folgten dem bekannten Muster und konzentrierten sich auf die Internationalen Brigaden. Interessant bei Bredel ist aber, dass er der Erste in der DDR war, der die Differenzen und das Misstrauen zwischen den deutschen Freiwilligen und den spanischen Milizionären beschrieb, die in die Volksarmee eingegliedert worden waren.

Der Mythos Hans Beimler

In der Erinnerungskultur der DDR erhielt der deutsche Kommunist Hans Beimler einen besonderen Platz. Beimler, der keine militärische

Funktion innehatte, war am 1. Dezember 1936 bei der Schlacht um Madrid im Park Casa de Campo tödlich verwundet worden. Er hatte trotz mehrfacher Warnungen, dass dieser Teil von marokkanischen Scharfschützen eingesehen werden könne, die vorderste Frontlinie besucht.

Seine Beisetzung geriet zu einer der gewaltigsten Demonstrationen, die das republikanische Spanien im Bürgerkrieg erlebte. Damit begann eine mediale

Inbesitznahme seiner Person, die dem bescheidenen und eigensinnigen Mann in keiner Weise gerecht wurde.

Beimler war schon früh mit seiner Partei, der KPD, in Konflikt geraten, saß aber während der Weimarer Republik dennoch für sie im Reichstag. Nach seiner Inhaftierung durch die Nazis konnte er in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1933 aus dem KZ Dachau fliehen. Aus der französischen Emigration nach Spanien geschickt, baute er mit der Centuria Thälmann einen der ersten deutschen Freiwilligenverbände auf und war dann als Vertreter der KPD für alle deutschen KommunistInnen in Spanien zuständig. Nach seinem Tod stilisierte der spanische Dichter Rafael Alberti ihn zum «Verteidiger von Madrid», obwohl Beimler gar kein Soldat gewesen war, und die KPD-Propaganda sprach vom «Politkommissar aller Interbrigadisten». Kurz nach seinem Tod behauptete seine Freundin Antonia Stern, dass Beimler nicht von einer feindlichen Kugel getroffen, sondern von den eigenen Genossen ermordet worden wäre. Für diese Version lassen sich in den Akten jedoch bislang keine Belege finden. Die genauen Umstände von Beimlers Tod sind bis heute ungeklärt.

In der DDR trugen Straßen, Armeeeinheiten und Schulen den Namen Hans Beimler. Die nach ihm benannte Medaille war die vornehmste Auszeichnung für InterbrigadistInnen.

In der DDR wurde Beimler jedenfalls zur Personifizierung der internationalen Solidarität im Spanischen Bürgerkrieg erkoren. Die nach ihm benannte Medaille war die vornehmste Auszeichnung für InterbrigadistInnen in der DDR. Sie erhielten nur diejenigen SpanienkämpferInnen, die das Vertrauen der SED-Führung besaßen. Die Aktionen, Initiativen, Straßen, Neubauviertel, Armeeeinheiten, Schulen und Betriebe, die in der DDR den Namen Hans Beimler trugen, waren Legion.

Die Person Hans Beimler steht so paradigmatisch für die Anstrengungen der DDR, aus dem Kampf der InterbrigadistInnen eine Heldenlegende zu konstruieren und damit vor allem die Jugend zur Verteidigung des Sozialismus zu motivieren. Beschäftigt man sich näher mit seiner Biografie, dann kommt man freilich zu dem Schluss, dass ihm das alles wohl zutiefst zuwider gewesen wäre.

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Erst mit der deutschen Einheit erschienen differenziertere Erinnerungen ostdeutscher InterbrigadistInnen, die wie Walter Janka und Heinz Priess mit Stolz, aber auch mit ungewohnter Kritik auf ihre Zeit in Spanien zurückblickten. Das gilt auch für die quellengesättigte Dissertation des Historikers Michael Uhl über das Schicksal der ostdeutschen SpanienkämpferInnen. 1991, und 2005 nochmals in überarbeiteter Form, erschien Walther L. Berneckers Buch «Krieg in Spanien 1936 bis 1939», das intensiv auf die sozialökonomischen und politischen Strukturen Spaniens eingeht: die Kirche, die Kultur, die politischen und militärischen AkteurInnen im Bürgerkrieg und die internationale Dimension mit Intervention und Nichtintervention.⁶

Heleno Saña beschrieb in «Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg» die KommunistInnen, RechtssozialistInnen und LinksrepublikanerInnen als gegenrevolutionären Block. Die innerrepubli-

kanischen GegnerInnen der Revolution machten einen Großteil der nach dem Sieg der Volksfront im Februar 1936 erreichten revolutionären Umgestaltungen rückgängig und legitimierten das mit der Losung «Erst den Krieg gewinnen, dann die Revolution machen». Dieter Nelles berichtete in jüngerer Zeit gemeinsam mit weiteren Autoren über die kleine Gruppe Deutsche Anarchosyndikalisten (DAS). Diese wurde dadurch wirkungsmächtig, dass sie noch während des Bürgerkrieges von ihr erbeutete Nazi-Dokumente veröffentlichte, welche die regen Aktivitäten der Auslandsorganisation der NSDAP in Spanien vor dem Krieg belegten.⁷

Schon 1988 hatten ehemalige InterbrigadistInnen ein Verzeichnis der in der DDR lebenden SpanienkämpferInnen vorgelegt. Dieses Verzeichnis bildete die Grundlage für den Plan des in den 1990er Jahren gegründeten Vereins Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 (KFSR), ein biografisches Lexikon der deutschen Spanienkämpfer zu erarbeiten. Obwohl sie sich intensiv an die Arbeit machten, konnten sie dieses Vorhaben zunächst jedoch nicht erfolgreich verwirklichen.

Als das Autorenteam die Arbeiten später erneut aufnahm, änderte es den Fokus. Dieser sollte nicht mehr allein auf den InterbrigadistInnen liegen, sondern die Autoren wollten alle deutschen Frauen und Männer in das Lexikon aufnehmen, die sich in irgendeiner Form für die Republik und die soziale Revolution in Spanien engagiert hatten. Das bezog auch die KämpferInnen in den Einheiten der CNT und des POUM sowie der republikanischen Volksarmee mit ein, ebenso wie JournalistInnen, SchriftstellerInnen und MitarbeiterInnen in der spanischen Verwaltung.

Im Sommer 2015 ist das biografische Lexikon schließlich unter dem Titel «No pasarán! Sie werden nicht durchkommen!» erschienen. Die Autoren Enrico Hilbert, Friedrich Villis, Dieter Nelles, Harald Wittstock und Werner

Abel haben darin mehr oder weniger ausführlich die Biografien von rund 3.500 deutschen Frauen und Männern erfasst, die sich in unterschiedlicher Weise in den drei Bürgerkriegsjahren für die Zweite Republik oder die soziale Revolution in Spanien engagierten.

1 Die Frage der Renten wurde erst in den 1980er Jahren geklärt. Damals endete auch die Praxis des Verfassungsschutzes, die ehemaligen Freiwilligen des Spanischen Bürgerkrieges zu registrieren. **2** Bernerker, Walther L.: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Heidelberg 2006; ders. (Hrsg.): Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, München 1980; Trotzki, Leo: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931–1939, Frankfurt a.M. 1976; Gorkin, Julián: Stalins langer Arm in Spanien,

Köln 1978; Huhle, Rainer: Die Geschichtsvollzieher. Theorie und Politik der Kommunistischen Partei Spaniens 1936 bis 1938, Gießen 1980; Tosstorff, Reiner: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a.M. 1987; Mühlen, Patrik von zur: Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg. 1936 bis 1939, Bonn 1983. **3** In den Internationalen Brigaden gab es laut Anordnung des spanischen Verteidigungsministeriums keine Frauen, die mit der Waffe in der Hand an der Front kämpfen durften. Frauen waren vor allem als Ärztinnen und Krankenschwestern in der Sanitäts- und als Journalistinnen, Übersetzerinnen und Mitarbeiterinnen in der militärischen und der politischen Verwaltung der Internationalen Brigaden tätig. **4** Kantorowicz' Buch sollte in Spanien nicht erscheinen, weil er zuvor in Frankreich mit dem «Abweichler» Willi Münzenberg zusammengearbeitet hatte und der KPD-Abwehr in Spanien als politisch nicht zuverlässig erschien. **5** Griewa, Jan: Jenseits der Pyrenäen, Berlin 1952; Claudius, Eduard: Grüne Oliven und nackte Berge, Berlin 1965; Renn, Ludwig: Im spanischen Krieg, Berlin 1959 (die ungekürzte Fassung konnte erst 2006 erscheinen). **6** Uhl, Michael: Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR, Bonn 2004. **7** Nelles, Dieter/Linse, Ulrich/Piotrowski, Harald/Garcia, Carlos: Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona (1933–1939). Die Gruppe «Deutsche Anarchosyndikalisten» (DAS), Heidelberg 2013.

Alexandre Froidevaux

WENN VERGANGENHEIT NICHT VERGEHT EINE LINKE ERINNERUNGSBEWEGUNG BRICHT DAS SCHWEIGEN

Angesichts der miserablen sozialen und politischen Situation besetzten im Frühjahr 2011 *indignados* (Empörte) öffentliche Plätze in Spanien. Sie gaben damit den Startschuss für eine internationale Bewegung, die in Deutschland meist Occupy genannt wird. Bereits Jahre zuvor hatte eine linke Erinnerungsbewegung damit begonnen, den Pakt des Vergessens zu brechen, den die Parteien beim Übergang (*Transición*) von der Diktatur zur Demokratie (1975–1982) geschlossen hatten.

Unvorstellbar, dass es in einer deutschen Stadt heutzutage eine Adolf-Hitler-Straße geben könnte. In Spanien dagegen standen bis vor wenigen Jahren noch Reiterstandbilder des *caudillo* (Führer) Francisco Franco in den Städten. Bis heute sind Straßen und Plätze nach Generälen und Politikern der Franco-Diktatur benannt.

Das hat mit dem besonderen Verlauf der *Transición* zu tun. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie fußte auf einem Kompromiss der «zwei Spanien», die sich im Bürgerkrieg gegenübergestanden hatten. Das geschichtspolitische Ergebnis dieses historischen Ausgleichs war, dass über die konfliktgeladenen Teile der Vergangenheit ein «undurchsichtiger Schleier» geworfen wurde, wie die SpanierInnen sagen. 1977 verabschiedete das erste frei gewählte Parlament ein Amnestiegesetz, das den letzten politischen Gefangenen die Freiheit brachte – und zugleich die franquistischen TäterInnen vor Strafverfolgung schützte.

Die Wiedergewinnung der historischen Erinnerung

Der Pakt des Vergessens der *Transición* wurde ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend gebrochen, zu einer Zeit also, in der die Demokratie

als stabilisiert gelten konnte. Vor allem war es eine soziale Bewegung, die den geschichtspolitischen Konsens der *Transición* infrage stellte. Sie geht unter anderem auf die Initiative von Emilio Silva zurück, einem Journalisten, der die sterblichen Überreste seines im Bürgerkrieg ermordeten Großvaters suchte und im Jahr 2000 in einem Massengrab in der Region León fand.

AktivistInnen gründeten daraufhin die *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* (ARMH, Vereinigung für die Wiedergewinnung der historischen Erinnerung), womit die Bewegung zugleich ihren Namen erhielt. Im ganzen Land gründeten sich zahlreiche *memoria histórica*-Gruppen. Die Suche nach den *desaparecidos*, den Verschwundenen, ist die bekannteste ihrer Aktivitäten.

Die linke Erinnerungsbewegung kämpft darüber hinaus für die Beseitigung franquistischer Straßennamen und Denkmäler. Außerdem macht sie sich daran, die lange verschütteten Geschichten der spanischen Arbeiterbewegung wieder auszugraben: Erzählungen von Revolution und Krieg, Verfolgung und Exil sowie dem über Jahrzehnte immer wieder neu aufflammenden Widerstand gegen Faschismus und Unterdrückung.

Es ist daher kein Wunder, dass die spanische Rechte die *memoria histórica* ablehnt. Nach Ansicht des postfranquistischen Partido Popular (PP, Volkspartei) hat sich Spanien in den 1970er Jahren umfassend ausgesöhnt und am Pakt des Vergessens darf nicht gerüttelt werden. Die Konservativen werfen den ErinnerungsaktivistInnen vor, sie wollten alte Wunden wieder aufreißen und seien von Rachegehrungen getrieben. Dabei zeigt die Rechte dem Wunsch vieler Angehöriger die kalte Schulter, die Wahrheit über das Schicksal der

desaparecidos zu erfahren und ihre Verwandten an würdigen Grabstätten zu betrauern. Der PP gewann bei den Parlamentswahlen 2011 die absolute Mehrheit. Die Partei bekennt sich zwar zur Demokratie, vermeidet jedoch bis heute eine eindeutige Verurteilung der Franco-Diktatur. Konservative Kreise stufen diese lediglich als überholt, nicht aber als verbrecherisch ein. Angesichts der unzähligen biografischen Kontinuitäten ist das nicht weiter verwunderlich. So war der zwischen 1996 und 2004 amtierende Regierungschef José María Aznar während des Franquismus selbst Mitglied einer betont faschistischen Studentenorganisation gewesen.

Die spanische Rechte zeigt dem Wunsch vieler Angehöriger die kalte Schulter, die Wahrheit über das Schicksal der *desaparecidos* zu erfahren und ihre Verwandten an würdigen Grabstätten zu betrauern

Ein Gesetz, ein Richter und die Erinnerungsbewegung

Die Haltung der spanischen Rechten zur Diktatur ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass es in der Nähe Madrids noch einen monströsen Erinnerungsort gibt, der in Europa wohl beispiellos ist: das Valle de los Caídos (Tal der Gefallenen). Franco ließ es als Mausoleum für die nationalistischen Gefallenen des Bürgerkrieges im nationalkatholischen Stil erbauen. 20.000 der BürgerkriegsverliererInnen mussten dafür Zwangsarbeit leisten. Wer möchte, kann im Innern der Basilika Blumen ablegen: am Grab Francos oder an dem von José Antonio Primo de Rivera, dem Gründer der faschistischen Partei Falange Española (Spanische Phalanx), der 1936 in republikanischer Gefangenschaft hingerichtet wurde. Daran änderte auch das Erinnerungsgesetz nichts, das die sozialistische Regierung von

José Luis Zapatero (2004–2011), auf Drängen der *memoria histórica*-Bewegung, 2007 auf den Weg brachte. Der Gesetzestext verurteilte zwar den Franquismus wegen schwerwiegender Verletzungen der Menschenrechte und erklärte die politischen Gerichte der Diktatur für «illegitim». Durch das Gesetz wurden deren Urteile jedoch nicht annulliert, was bis heute für Empörung bei den ErinnerungsaktivistInnen sorgt. Zudem hielt die Regierung an der Amnestie von 1977 fest.

Der Staat verpflichtete sich durch das Erinnerungsgesetz, die Vereinigungen bei der Suche nach den *desaparecidos* zu unterstützen. Die AktivistInnen und Menschenrechtsorganisationen wiesen die Regierung allerdings darauf hin, dass das internationale Recht den Staat dazu verpflichtet, die Suche nach den Verschleppten und Ermordeten zu übernehmen.

Die Schwierigkeiten bei der Suche nach den *desaparecidos* sind enorm. Sie hängen mit der schieren Anzahl der Fälle (Schätzungen reichen von 30.000 bis über 100.000) und dem

Umstand zusammen, dass die Mörder über ihre außergesetzlichen Taten nicht Buch führten. Weil die Suche nach den Verschwundenen nur schleppend voranging, reichten schließlich Dutzende *memoria histórica*-Gruppen im Sommer 2008 eine Klage beim nationalen Gerichtshof ein. Daraufhin verfügte der Ermittlungsrichter Baltasar Garzón im September 2008 eine Untersuchung, die den Verbleib der *desaparecidos* aufklären sollte.

«Wir wollen, dass die Wahrheit ans Licht kommt [...]. Ja, [die Leute] hatten diese linken Ideen, ja, es war so, dass man hinter ihnen her war, um [sie] zu eliminieren.»

Francisco Sánchez, Erinnerungsaktivist¹

Zehn Jahre zuvor war Garzón international schlagartig bekannt geworden, als er einen Haftbefehl gegen Chiles ehemaligen Diktator Augusto Pinochet ausstellte. Dieser hatte sich zu medizinischer Behandlung nach London begeben und musste dort wegen Garzóns Auslieferungsbegehren mehrere Wochen im Hausarrest verbringen, bis die britische Regierung schließlich seinen Rückflug nach Südamerika gestattete.

Kurz nach Beginn der Initiative Garzóns in Sachen *desaparecidos* stoppte das zuständige Gericht dessen Ermittlungen. In der Folge zeigten faschistische Organisationen wie die Falange den Richter wegen angeblicher Rechtsbeugung an. Als die Klage gegen Garzón im April 2010 zugelassen wurde, kam es landesweit zu den bis heute größten Demonstrationen der Erinnerungsbewegung. In Madrid gründete sich die Plataforma contra

la impunidad del franquismo (Plattform gegen die Straffreiheit des Franquismus).

Diese nahm sich ein Beispiel an den Müttern der Plaza de Mayo, die während der letzten argentinischen Militärdiktatur (1976–1983) auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires einmal die Woche mit ungeheurem Mut öffentlich nach dem Verbleib ihrer «verschwundenen» (ermordeten) Kinder gefragt hatten.

Die Plataforma demonstrierte jeden Donnerstag auf der Puerta de Sol. Das ist der zentrale Platz Madrids, von dem 2011 Bilder in alle Welt gingen, als die *indignados* ihn besetzt hielten. Das Anliegen der Plataforma war die Beendigung der Amnestie für die TäterInnen. Die Erinnerungsbewegung hatte sich damit radikalisiert, denn lange Zeit war nichts dergleichen laut geworden.²

Worauf die Forderung nach Beendigung der Straffreiheit konkret abzielte, war nicht so klar, wie es zunächst scheinen mag. Mit Blick auf

die internationale Strafverfolgung von NS-TäterInnen forderten manche dieselbe Behandlung für die franquistischen RepressorInnen. Andere glaubten allerdings nicht, dass es noch zu Prozessen kommen würde.

Denn die meisten der möglichen Angeklagten waren 2010 schon längst gestorben. Die noch lebenden waren in der Regel sehr alt und seit ihren Taten war viel Zeit verstrichen. «Aber», hat sich Emilio Silva von ARMH einmal dazu geäußert, «die Straffreiheit zu beenden, würde bedeuten, die Dinge in die richtige Ordnung zu bringen.» Neben der Aufklärung des Verbleibs aller *desaparecidos* meint Silva damit, dass die franquistischen MörderInnen und ihre Taten eindeutig benannt werden.

Mit Blick auf die internationale Strafverfolgung von NS-TäterInnen forderten manche dieselbe Behandlung für die franquistischen RepressorInnen.

Um dies zu erreichen, müsste aber das Amnestiegesetz von 1977 gekippt werden. Hierzu sind weder die SozialistInnen noch der Partido Popular bereit, die beiden großen Parteien, die das Land seit den 1970er Jahren politisch dominieren. Die aktuelle PP-Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy hat stattdessen den Gruppen der Erinnerungsbewegung allerorten die Subventionen gekürzt oder gestrichen. Die Begründung dafür lautet meist wie die des konservativen Senators José Joaquín Peñarrubia, der im Oktober 2015 wahrheitswidrig erklärte, es gebe keine weiteren Massengräber aus der Zeit der Diktatur zu entdecken.³

Baltasar Garzón wiederum sah sich im Jahr 2010 einer regelrechten Justizkampagne ausgesetzt. Gleich in drei Verfahren erhoben spanische Staatsanwälte Anklage gegen ihn. Der Prozess wegen Rechtsbeugung im Fall der *desaparecidos* wurde zwar eingestellt. Aber die juristische Aufarbeitung der franquisti-

Vereinigungen der Erinnerungsbewegung: Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica (ARMH): www.memoriahistorica.org.es
Foro por la memoria: www.foroporlamemoria.info/
Plataforma contra la impunidad del franquismo: www.verdadjusticiareparacion.blogspot.de/

schen Vernichtungskampagne, die der Richter angestoßen hatte, war dennoch gestoppt. Im Frühjahr 2012 verhängte der Oberste Gerichtshof Spaniens gegen Garzón schließlich ein Berufsverbot. Er soll in einem Korruptionsverfahren das Recht gebeugt haben, indem er Abhörmaßnahmen anordnete.

Die Empörten und die *memoria histórica*

Die Bewegung der *indignados* gab der *memoria histórica*-Bewegung zunächst wenig neuen Schub. Zwar nahm der 15-M, wie die Bewegung in Spanien aufgrund ihres ersten Aktionstages am 15. Mai 2011 auch genannt wird, die «Wiedergewinnung der historischen Erinnerung» in ihren Forderungskatalog mit auf.⁴ Doch standen die verheerenden Folgen der Austeritätspolitik, die drängenden sozialen Probleme und die grassierende Korruption der politischen Klasse lange im Vordergrund. In letzter Zeit scheint sich das allerdings ein wenig zu ändern. So haben die neuen linken Bürgermeisterinnen in Madrid und Barcelona interessante geschichtspolitische Initiativen angestoßen. Hintergrund für die Initiativen ist wohl die Einsicht, dass die kritische Thematisierung des Franquismus und «echte Demokratie», so die Parole des 15-M, nicht voneinander zu trennen sind.

Manuela Carmena will die Straßen Madrids von den zahlreichen Namen führender

Putschoffiziere und FranquistInnen befreien – ein längst überfälliges Vorhaben. Ada Colau hat in Barcelona eine *memoria histórica*-Kommission eingesetzt. In der katalanischen Metropole ist man in Sachen Aufarbeitung des Franquismus deutlich weiter als in der spanischen Hauptstadt. Bei der Initiative Colaus geht es darum, linke Geschichte und die Arbeiterbewegung in der öffentlichen Wahrnehmung besser zu verankern.

Auch die *indignados*-Partei Podemos nimmt sich des Themas an. Laut Juan Carlos Monedero, Mitglied des Führungszirkels der Partei, will Podemos die erinnerungspolitischen Forderungen der *memoria histórica*-Vereinigungen übernehmen. Monedero selbst spricht sich für die Einsetzung einer Wahrheitskommission aus, um die Verbrechen der Diktatur endlich aufzuarbeiten.⁵ Es bleibt abzuwarten, ob Podemos nach dem Erfolg bei den Parlamentswahlen am 20. Dezember 2015 solche Vorschläge umsetzen können.

¹ Zit. nach: Froidevaux, Alexandre: Erinnerungskultur «von unten» in Spanien. Eine Oral History-Untersuchung der recuperación de la memoria histórica in Valencia (2000–2005), Berlin 2007, S. 62. ² Vgl. Froidevaux, Alexandre: Der Kampf um die Erinnerung, in: Jungle World, 1.7.2010, unter: www.jungle-world.com/artikel/2010/26/41227.html ³ Vgl. Uria, Ibon: El PP dice que «no hay fosas por descubrir», in: infoLibre, 19.10.2015, unter: <http://bit.ly/1jdfbDI>. ⁴ Vgl. Resolución der Versammlung auf der Puerta del Sol (Madrid) vom 20.5.2011, unter: www.movimiento15m.org/. ⁵ Vgl. Guerrero, Rafael: Podemos pretende poner en manos de las asociaciones de víctimas del franquismo su política memorialista, in: Público, 4.11.2015, unter: www.publico.es/politica/prende-poner-manos-asociaciones-victimas.html.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Abel, Werner/Hilbert, Enrico (Hrsg.):

«Sie werden nicht durchkommen!» Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution, 2 Bde., Lich 2015.

Baumer, Andreas: Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España – Widerstand, Krise und Anpassung (1970–2006), Baden-Baden 2008.

Baxmeyer, Martin: Das ewige Spanien der Anarchie. Die anarchistische Literatur des Bürgerkriegs (1936–1939) und ihr Spanienbild, Berlin 2012.

Bernecker, Walther L.: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Heidelberg 2006.

Bernecker, Walther L.: Krieg in Spanien 1936–1939, 2. Aufl., Darmstadt 2005.

Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2008, 5. Aufl., Heidelberg 2011.

Bianchi, Vera: Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg, Münster 2003.

Brinkmann, Sören: Katalonien und der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte und Erinnerung, Berlin 2007.

Froidevaux, Alexandre: Erinnerungskultur «von unten» in Spanien. Eine Oral History-Untersuchung der recuperación de la

memoria histórica in Valencia (2000–2005), Berlin 2007.

Froidevaux, Alexandre: Gegengeschichten oder Versöhnung? Erinnerungskulturen und Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg bis zur «Transición» (1936–1982), Heidelberg 2015.

Krawinkel, Moritz: Die Schlacht am Jarama zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 2011.

Mühlen, Patrik von zur: Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg. 1936 bis 1939, Bonn 1983.

Nelles, Dieter/Linse, Ulrich/Piotrowski, Harald/García, Carlos: Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona (1933–1939). Die Gruppe «Deutsche Anarchosyndikalisten» (DAS), Heidelberg 2013.

Saña, Heleno: Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg, Hamburg 2001.

Schumann, Michael/Auweder, Heinz: A las barricadas. Triumph und Scheitern des Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg, Grafenau 1987.

Seidman, Michael: Gegen die Arbeit. Über die Arbeitskämpfe in Barcelona und Paris 1936–38, Heidelberg 2011.

Tosstorff, Reiner: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a.M. 1987.

DIE AUTOREN

Werner Abel, Jahrgang 1943, promovierte 1979 in Leipzig zu Ernesto Che Guevara. 1980 wurde er mit Berufsverbot belegt. Nach der Wiedervereinigung wurde er 1990 rehabilitiert. Bis 2008 war Abel danach Mitarbeiter am Lehrstuhl «Geschichte der Politischen Theorien» der TU Chemnitz und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Alexandre Froidevaux arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Walther L. Bernecker an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er hat zur linken Erinnerungsbewegung und den Erinnerungskulturen der Arbeiterbewegung in Spanien geforscht. Froi-

devaux war Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Mitglied im Gesprächskreis Geschichte der Stiftung.

Dieter Nelles ist abgeordneter Lehrer an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum. Er promovierte zum Widerstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) gegen den Nationalsozialismus. Nelles ist Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine Arbeitsgebiete sind der Widerstand und das Exil der deutschen Arbeiterbewegung sowie die Geschichte des Anarchosyndikalismus.

ZULETZT IN DER REIHE «MATERIALIEN» ERSCHIENEN



Bernd Hüttner/Axel Weipert (Hrsg.)

EMANZIPATION UND ENTÄUSCHUNG

PERSPEKTIVEN AUF DIE NOVEMBER-REVOLUTION 1918/19

MATERIALIEN Nr. 25, September 2018, 64 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/39298



Mario Candeias (Hrsg.)

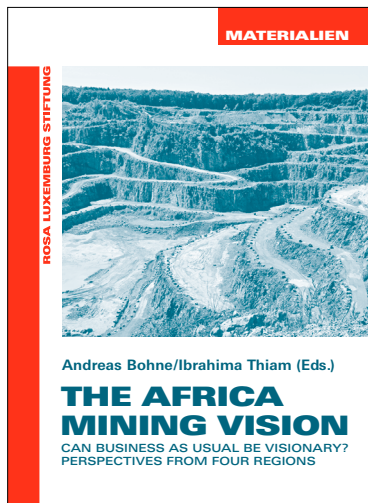
RECHTSPOPULISMUS, RADIKALE RECHTE, FASCHISIERUNG

BESTIMMUNGSVERSUCHE, ERKLÄRUNGS-MUSTER UND GEGENSTRATEGIEN

MATERIALIEN Nr. 24, August 2018, 64 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/39174



Andreas Bohne/Ibrahima Thiam (Eds.)

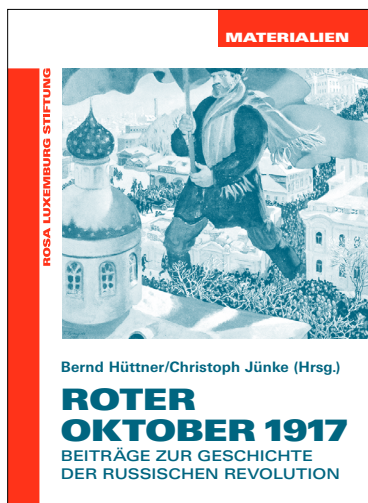
THE AFRICA MINING VISION

CAN BUSINESS AS USUAL BE VISIONARY?
PERSPECTIVES FROM FOUR REGIONS

MATERIALIEN Nr. 23, März 2018, 52 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/en/publication/id/38617



Bernd Hüttner/Christoph Jünke (Hrsg.)

ROTER OKTOBER 1917

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Materialien Nr. 22, August 2017, 68 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/37663

Impressum

MATERIALIEN Nr. 14 , 2. Auflage Oktober 2018

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Januar 2016

Foto: Mikhail Koltsov (CC BY 2.0)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«Im republikanischen Spanien vollzog sich zwischen 1936 und 1939 eine libertäre Revolution. Drei Millionen Menschen beteiligten sich an der Kollektivbewegung. Linke, die nach Alternativen jenseits autoritärer Politikentwürfe orthodox-kommunistischer Prägung und sozialdemokratischer Bejahung des Kapitalismus suchen, sollten sich mit den Stärken und Schwächen dieser Revolution beschäftigen.»

ALEXANDRE FROIDEVAUX